

Horst Kahrs (Hrsg.)

**ZWISCHEN SKANDALISIEREN  
UND VERSCHWEIGEN**

BEITRÄGE ZUR TAGUNG  
AM 20. APRIL 2013 IN BERLIN

6

Horst Kahrs (Hrsg.)

**Zwischen Skandalisieren und Verschweigen**

Beiträge zur Tagung am 20. April 2013 in Berlin

Horst Kahrs (Hrsg.)

**ZWISCHEN SKANDALISIEREN  
UND VERSCHWEIGEN**

BEITRÄGE ZUR TAGUNG  
AM 20. APRIL 2013 IN BERLIN

## **IMPRESSUM**

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben  
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V.i.S.d.P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Juni 2013

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

## **INHALT**

Horst Kahrs <b>Keine Partizipation ohne diskursive Subversion – Zur Einführung</b>	7
Hans-Jürgen Arlt/Wolfgang Storz <b>Portionierte Armut – Blackbox Reichtum (Auszug: Resümee)</b>	10
Hans-Jürgen Arlt/Wolfgang Storz <b>Ergänzende Materialien und Deutungen zu Arm und Reich als Medienthema</b>	20
Ulrike Herrmann <b>Warum die Mittelschicht Zeitungen liest, die einseitig die Interessen der Eliten bedienen</b>	36
Sebastian Bödeker <b>Der Zerfall eines gemeinsamen demokratischen Raumes</b>	44
<b>Zu den Autorinnen und Autoren</b>	53

Horst Kahrs

## **KEINE PARTIZIPATION OHNE DISKURSIVE SUBVERSION - ZUR EINFÜHRUNG**

«Zwischen Skandalisieren und Verschweigen. Reichtum und Armut im öffentlichen Diskurs» war der Titel einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die am 20. April 2013 in Berlin stattfand und deren Vorträge und Materialien wir in diesem Bändchen veröffentlichen. Auf der Tagung stellten zunächst Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz ausgewählte Ergebnisse ihrer für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellten Studie über die journalistische Meinungsbildung zu Armut und Reichtum vor. Die Studie «Portionierte Armut, Blackbox Reichtum. Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft» untersucht die Kommentierung dieses Themas durch den *Tagesspiegel*, die *Berliner Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, den *Spiegel* und die *Zeit*. Auszüge aus dem Resümee der Studie, ein Beitrag der beiden Autoren mit ergänzenden Materialien und Befunden sowie die schriftlichen Fassungen der Vorträge von Ulrike Herrmann und Sebastian Bödeker auf der Tagung werden hier dokumentiert. Die *taz*-Journalistin Ulrike Herrmann befasste sich mit Sichtweisen und Wahrnehmungsmustern von Armut und Reichtum in den Mittelschichten. Der Wissenschaftler Sebastian Bödeker stellte Thesen und eigene empirische Befunde zur Rückwirkung sozialer Ausgrenzung auf die Qualität von demokratischer Öffentlichkeit und damit Demokratie generell vor.

«Wir gehen niemals ohne Brille durch die Welt», schreibt Pierre Bourdieu irgendwo, «besonders nicht durch die soziale. Wir gehen durch die soziale Welt mit Wahrungskategorien, Prinzipien der Anschauung und Einteilung». Wie die Brille, ihre Gläser und ihre Färbung beschaffen sind, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Sie reichen von der Prägung durch die soziale Herkunft über verinnerlichte soziale Strukturen bis hin zur Konturierung des öffentlichen Raumes durch die journalistische Meinungsbildung. In der Politik geht es um die Durchsetzung legitimer, dominierender Prinzipien der Anschauung und der Einteilung der sozialen Welt.

Armut und Reichtum können als siamesische Zwillinge wahrgenommen werden, zumal öffentliche Armut und privater Reichtum. Sie können als gesellschaftliche Problemlagen verarbeitet werden, mit denen sich Politik zwecks Herstellung eines sozialen Ausgleichs zum Erhalt der Reproduktion der gesamten Gesellschaft zu befassen hat. Sie lassen sich einordnen als Ausläufer einer ungleichen Verfügung über materielle und geistige Produktions- und Reproduktionsmittel. Sie können aber auch als Resultat individuellen Verhaltens, von Leistung und Versagen, von Erfolg und Misserfolg oder Glück und Pech behandelt werden. Je nachdem, welche Sicht sich journalistisch und politisch durchsetzt, sind die Rückwirkungen auf Arme und Reiche unterschiedlich. Wird Armut mehrheitlich als Resultat individuellen Versagens und Fehlverhaltens begriffen, nährt das bei den Betroffenen die Befürchtung, bei öffentlichem Auftreten von den anderen als Versager wahrgenommen zu werden. Wie Armut und Reichtum von den «Priestern des Kommentars» (Bourdieu) bearbeitet werden, prägt entscheidend den öffentlichen und politischen Raum und damit die Qualität des Zusammenlebens in einer demokratischen Gesellschaft.

Die diskursiven öffentlichen Räume haben sich qualitativ verändert. Die dominierende Struktur der öffentlichen «Teilungen der Welt» macht es den einen leicht, den anderen schwer, ihre eigene Lebenslage öffentlich zu thematisieren, Rechtsansprüche als gleichwertige Bürgerinnen und Bürger einzufordern sowie für Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen oder auch nur unmittelbare eigene Lebensinteressen einzutreten. Die Folgen sind Rückzug in eigene, geschützte Räume und Abschied aus der demokratischen Beteiligung, also eine strukturelle Entpolitisierung von Armut und Reichtum. Der Klassencharakter des Anwachsens der Wahlenthaltung, der teilweise dramatische Abschied der unteren sozialen Schichten aus demokratischer Partizipation und Einmischung wurde in den vergangenen Jahren mehrfach sowohl für repräsentative Wahlen als auch für direktdemokratische Verfahren und zivilgesellschaftliches Engagement nachgewiesen. Das hat nicht nur etwas mit der objektiven Lage und der sozialen Ausgrenzung beziehungsweise Abkopplung von wachsendem gesellschaftlichen Reichtum zu tun. Entscheidend sind die Selbstwahrnehmung, des Selbstwertgefühl und die Verfügung über elementare Produktionsinstrumente von Politik, zu denen öffentliche Räume und ihre diskursiven Strukturen und Teilungen entscheidend zählen.

«Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit» lautete der Titel einer 1995 erschienenen Arbeit des Sprachwissenschaftlers Hans Uske. Akribisch zeichnete Uske an den Diskursmustern von politischen und journalistischen Akteuren nach, wie in den 1980er und frühen 1990er Jahren Massenarbeitslosigkeit diskursiv entproblematisiert, dethematisiert und von einem gesellschaftlichen Großproblem zu einem «Randproblem von Randgruppen» marginalisiert wurde. Ähnliches, so die These der Studie von Arlt und Storz, vollzieht sich, seit mit der Agenda 2010 die soziale Kluft zwischen Arm und Reich dynamisch zu wachsen begann: Gesellschaftliche Ursachen und Strukturen wurden zu Sachzwängen «globalisiert», Armut,

Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit zu unzureichender Leistungsfähigkeit, Anpassungsbereitschaft und Eigenverantwortlichkeit uminterpretiert. Die Welt besteht nur noch aus erfolgreichen oder erfolglosen Managern des eigenen Arbeitsvermögens – und solchen, denen als «Kind», «Alleinerziehende mit Kindern», «Behinderte» oder «Alte» zumindest besondere Fürsorge zuteilwerden sollte.

Wer die Einteilung der sozialen Welt gerechter gestalten will, muss den Blick auf die sozialen Teilungen verändern. Eine andere Politik beginnt mit der diskursiven Subversion der dominierenden und ordnenden Wahrnehmungskategorien, die die «Mühen des Profitmachens» reproduzieren, nicht aber die «Mühen des alltäglichen Lebens». Sie beginnt damit, gegen die Mechanismen der Vereinzelung und Selbstausschließung wieder das Gemeinsame und die eigenen Möglichkeiten zu betonen.

An welchem Punkt linke Kräfte in Deutschland dabei stehen, zeigte sich nicht zuletzt auch an den Vorträgen und Diskussionen auf der Tagung oder in dem Gesprächskreis «Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse» bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der die Studie begleitete und die Tagung verantwortete: Sprechen wir von Armut und Reichtum, von Armen und Reichen oder von Schichten, Unterschichten und Oberschichten, von sozial Schwachen oder Einkommensschwachen, von den Ärmsten und den Schwächsten? Ab wann sind soziale Lagen so stabil, dass es geboten ist, von Klassen zu sprechen, zumindest von einer sozial stabil abgrenzbaren Oberklasse und Unterklasse? Ist Deutschland, wie im Parteiprogramm der Partei DIE LINKE festgehalten, eine «Klassengesellschaft»? Wäre nicht der öffentliche Diskurs ein gänzlich anderer, hätten in ihm wieder Begriffe einen festen Platz, in denen sich soziale Position, Einflussmöglichkeiten und Alltagssubjektivität zusammenführend verdichten würden?

Die Zusammenhänge von sozialer Lage, Alltagsbewusstsein und (medialer) Öffentlichkeit sind das übergreifende Thema des Gesprächskreises, die Tagung am 20. April 2013 war ein vorläufiger Höhepunkt, weitere Interessierte sind jederzeit willkommen.



Hans-Jürgen Arlt/Wolfgang Storz

## **«PORTIONIERTE ARMUT – BLACKBOX REICHTUM»: RESÜMEE**

*Auszug aus der Studie «Portionierte Armut – Blackbox Reichtum. Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft» (hrsg. von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2013, S. 6–10)*

### **I RESÜMEE**

Die Studie stellt die Frage nach dem journalistischen Gebrauch der Pressefreiheit im Umgang mit Reichtum und Armut. Die Antwort: Es handelt sich um einen Fall von Pressefeigheit. Eklatant beim Thema Reichtum, der weitgehend als Blackbox behandelt wird. Fahrlässig beim Thema Armut, die zwar mit Sorge registriert, aber in Einzelteile zerlegt und so ihrer gesellschaftlichen Brisanz beraubt wird. Fahrlässig auch im Umgang mit den normativen Grundlagen der Chancengleichheit und der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die, wenn überhaupt, nur als untergegangene Ideale, nicht als ernst zu nehmende Ansprüche geltend gemacht werden.

Trotz alledem und alle Texte abgewogen: Soziales Engagement ist den meisten journalistischen Meinungsbeiträgen nicht abzusprechen; Kommentare, die ohne jede Rücksicht nur mit den Ellenbogen geschrieben sind, bilden die Ausnahme.

Gravierende Unterschiede zeigen sich zwischen den untersuchten Medien; wobei ein Vergleich vor allem der vier untersuchten Tageszeitungen, darunter zwei regionalen und zwei überregionalen, mit den beiden wöchentlich erscheinenden Medien nur sehr eingeschränkt zulässig ist.

### **1 Bestimmende Trends**

#### *1.1 Der blinde Fleck des Journalismus ist die stumme Macht des Reichtums.*

Es gibt eine Blackbox Reichtum. Eine Auseinandersetzung mit der Macht privater Großvermögen, die ihre Interessen ohne Worte zur Geltung bringen können, findet nicht statt. Der riesige Reichtum in den Händen weniger wird entweder überhaupt

nicht kommentiert oder selbst dann nicht genauer durchleuchtet, wenn er kritisch bewertet wird. Reichtum wird nur aufgerufen als Gegenpart von Armut und als Indikator sozialer Ungleichheit. Als Zentrum gesellschaftlichen Einflusses auf alle Lebensbereiche – die Politik, die Wissenschaft, die Kunst, den Sport etc. – und als wirtschaftlicher Weichensteller mit seinen Anlage-, Verlagerungs- und Spekulationsentscheidungen kommt er in den journalistischen Meinungsbeiträgen nur beiläufig vor. Selbst als automatischer Türöffner zu komfortablen Lebensmöglichkeiten, zu Privilegien in der Bildung, der Gesundheit, der Kultur wird das große Geld nur in Form eines Lifestyle-Phänomens abgehandelt.

Der Journalismus zerbricht sich mehr den Kopf über die Probleme der Reichen als über die Folgen der Zusammenballung privaten Reichtums für den Rest der Gesellschaft. Das laute Lamento über die Gier im Finanzsystem erweckt den Eindruck journalistischer Kritikfähigkeit zu Unrecht, denn es personalisiert nur, es analysiert nicht. Erregungszustände anlässlich von Krisenhöhepunkten, begleitet von Rufen nach mehr Kontrolle des Kapitalismus, schlagen sich mehr im Feuilleton nieder.

### *1.2 Die Armut wird mit Sorge registriert und zugleich in Problemgruppen portioniert.*

Die Sorge darüber, dass sich Armut ausbreitet, nimmt in den Medienbeiträgen breiten Raum ein. Das Armutsproblem wird also keineswegs übergangen, im Gegenteil. Aber durchgängige Kommentärpraxis ist es, Armut zu zerlegen, sie aufzulösen in Kinder-, Alters-, Migranten-, Langzeitarbeitslosen-, Schwerbehinderten-, Hartz-IV- und Alleinerziehenden-Armut. Frauen sind, das fällt auf, nur als Mütter arm. Armut wird portioniert und Verarmung auf diese Weise nie in einer grundsätzlichen Dimension behandelt.

Dass das Grundversprechen unserer Gesellschaft, jeder könne von der individuell geleisteten Erwerbsarbeit ordentlich leben, an den Realitäten von Billiglöhnen, prekären Arbeitsverhältnissen und Massenarbeitslosigkeit millionenfach zerschellt, wird meist den Problemgruppen zugerechnet. Das Problem sind eher die Leute, weniger die Bedingungen, mit welchen sie konfrontiert sind. Die Bedingungen werden, Stichwort Globalisierung, überwiegend als Sachzwänge dargestellt.

### *1.3 Wirtschaft ist, wie sie ist. Bildung und Arbeit als Lösung, die Politik als Sündenbock.*

Dass die Wirtschaft, wie hoch die Gewinne auch sein mögen, an Löhnen und Steuern so sehr sparen muss, dass noch jede verbindliche Untergrenze als Wettbewerbsgefahr ausgeflagt wird, gilt den einen Kommentaren als Grundgesetz, die anderen reizt es selten zum Widerspruch; dieser «Sachzwang» wird weithin akzeptiert. Den Individuen wird Anpassung empfohlen. Sie sollen diese Verhältnisse als Ausgangspunkt akzeptieren, sich fragen, was die Wirtschaft braucht, ihren Bildungsweg, ihre Bedürfnisse und ihren Lebensalltag danach ausrichten. Bildung ist hier nur ein anderes Wort für

Arbeit, denn sie wird nur als Weg zur Erwerbsarbeit eingefordert. Wo die Menschen und die Wirtschaft nicht zusammenfinden, sind die Menschen das Problem oder ersatzweise die Politik. Für die Politik bedeutet es, dass sie überall dort aufgerufen wird, sich um Lösungen zu kümmern, wo sich Armut wegen fehlender oder trotz Erwerbsarbeit ausbreitet.

Als verantwortliche Akteure werden – egal ob es um Mindestlöhne, Steuern, Bildung, Sozialtransfers geht – stets die Individuen und der Staat/die Politik angesprochen, selten bis nie Unternehmer und Unternehmen; und wenn, dann in Verbindung mit vagen Appellen, sie mögen doch zum Beispiel die Frauenarbeit stärken. Im Kontext Armut wird unternehmerische Verantwortung kaum eingefordert, obwohl es thematisch oft um Aus- und Weiterbildung, die Vereinbarkeit von Arbeit und Kindererziehung, familienfreundliche Arbeitszeiten, Lohnhöhe und prekäre Arbeitsverhältnisse geht. Die strukturelle Benachteiligung erwerbstätiger Frauen, der Tatbestand, dass es in erster Linie Frauenarbeit ist, die arm macht, wird weitgehend ignoriert.

#### *1.4 Die Entwicklung von Armut und Reichtum wird nicht im Zusammenhang gesehen.*

Die Überlegung, dass es eine Wechselwirkung zwischen Armut und Reichtum geben könnte, dass die private Konzentration des Reichtums auf ihrer Kehrseite private und öffentliche Armut mitproduziert, spielt kaum eine Rolle. Armut wird vorwiegend als isoliertes Problem der Armen dargestellt. Entweder führen sie ihre Armut selbst aktiv herbei oder es gelingt ihnen nicht, unverschuldete Schwierigkeiten zu überwinden. Inwieweit der Staat ihnen helfen soll, ist umstritten. Zu viel Unterstützung untergrabe die Eigeninitiative, argumentieren die einen, zu wenig widerspreche den Geboten der Gerechtigkeit, so die Ermahnung der anderen. Dass beide Auffassungen im selben Medium parallel vertreten werden – ohne dass sie sich diskursiv aufeinander beziehen –, ist fast die Regel. Gesellschaftskritische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nach den Ursachen der wachsenden sozialen Ungleichheit werden in den Kommentaren der Tageszeitungen nicht gestellt.

#### *1.5 Rein quantitativ: Die soziale Kluft ist kein Problem von besonderer Brisanz.*

Die pure Statistik sagt: Im Jahr 2012 haben sich im *Tagesspiegel* etwa zwei und in der *Berliner Zeitung* etwa vier Prozent der Kommentare mit unserem Themenfeld beschäftigt. Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* haben wir im Durchschnitt des gesamten Untersuchungszeitraums einen Kommentaranteil von 1,9 Prozent ermittelt. Vergleiche haben wir nicht angestellt, weder mit anderen Themen noch mit anderen Medien, etwa mit *Junge Welt*, *Freitag* oder *taz*, von denen man vermuten könnte, dass sie dieses Themenfeld wichtiger nehmen. Zu der interessanten Frage, ob Reichtum und/oder Armut eher häufig oder selten redaktionelle Meinungsbeiträge auslösen, haben wir deshalb nur eine vorsichtige Einschätzung: Prominente und häufige Kom-

mentarthemen sind Reichtum, Armut und die soziale Kluft nicht, um Themen von besonderer Brisanz scheint es sich in den Augen der Redaktionen nicht zu handeln. Mehr spricht für die Feststellung, den Journalismus befällt das Schweigen beim Anblick der sozialen Kluft.

In diesem Befund spiegelt sich unseres Erachtens wider, dass die Redaktionen weder Reichtum noch Armut als eigenständige zustandsaktuelle Themen sehen. Das heißt im Umkehrschluss: Diese Themen werden vor allem behandelt, wenn die Arena der offiziellen Politik aktuelle Anlässe dafür liefert; ob Armuts- und Reichtumsberichte oder Auseinandersetzungen vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Interesse von Regierungen wiederum, Anlässe für die öffentliche Thematisierung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu bieten, hält sich in sehr engen Grenzen.

Die Abhängigkeit von den Interessen der aktuellen Politik könnte verringert werden, wenn die soziale Frage im redaktionellen Konzept einen eigenständigen Stellenwert inne hätte und nicht nur das «Hobby» von einzelnen Redakteuren wäre. Ob Gesichtspunkte sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit präsent sind, hängt beispielsweise bei der *Süddeutschen Zeitung*, so unser Eindruck, von den Arbeits- und Urlaubszeiten einzelner Redakteure ab. Die Wochenzeitung *Die Zeit* dagegen hat ein Wirtschaftsressort, für das es in geradezu vorbildlicher Weise zu den ständigen «Hausaufgaben» gehört, die sozialen Dimensionen der Ökonomie mit auszuleuchten.

### *1.6 Chancengleichheit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums stehen im Museum alter Ideale.*

Der Widerspruch zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit, der im 20. Jahrhundert ein großes Thema war, hat sich – wenn wir die Kommentierung zum Maßstab nehmen – zugunsten der Wirklichkeit erledigt. An normative Ansprüche der Verfassung, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Gleichheit der Lebensverhältnisse betreffend, wird gelegentlich erinnert, vor allem mit Blick auf die neuen Bundesländer. Dass sie eine realistische Zielsetzung sein könnten, wird nicht vertreten. Die Kommentatoren sehen entweder kein Problem oder sie resignieren vor den Problemen.

### *1.7 Meinungsvielfalt als Stärke und Schwäche*

Die überwiegende Zahl der Redaktionen legt Wert darauf, ihr Publikum mit einer Einheitslinie in den zentralen Fragen des Themenspektrums Armut und Reichtum zu verschonen. Ein pluralistisches Meinungsbild wird von der Redaktion selbst oder mindestens mithilfe von Kolumnisten und Gastkommentatoren sichergestellt. Dieses Angebot an Meinungsvielfalt gehört auf die journalistische Habenseite. Aber es gibt auch eine Einfalt der Vielfalt. Das bloße Neben- und Gegeneinanderstellen von Positionen, die in den tagespolitischen Auseinandersetzungen ohnehin ständig wiederholt werden, macht noch keine Qualität aus. Man fragt sich, ob in den Redaktionen, die über Jahre hinweg mit zuverlässiger Erwartbarkeit ihre kontroversen Sichtweisen prä-

sentieren, die Redaktionsmitglieder auch einmal miteinander diskutieren, um daraus neue Sichtweisen, eine andere Perspektive oder gar neue Erkenntnisse zu entwickeln, die dem Publikum präsentiert werden könnten.

### *1.8 Diskursiv schwach, sprachlich bedenkenlos*

Die Meinungsäußerungen beschränken sich sehr oft auf den Gebrauch der öffentlich auch aus dem politischen Raum bekannten Argumentationsversatzstücke. Ob Mindestlohn, Staatsverschuldung, Höhe der Hartz-IV-Sätze, Besteuerung des Reichtums: alles vieldimensionale Themen, die unter wirtschaftlichen, sozialen, humanitären, moralischen, juristischen, kulturellen, individuellen Gesichtspunkten erörtert werden könnten – Fehlzanzeige. Einzelne dieser Aspekte tauchen irgendwann auf, aber miteinander abgewogen, gegeneinander erörtert werden sie nicht. Je nach Deutungswelt, der sich der Kommentator zugehörig fühlt, wird ein Aspekt absolut gesetzt; so sind beispielsweise Mindestlöhne gut aus Gründen der Gerechtigkeit oder schlecht aus Gründen der unternehmerischen Kostenbelastung.

Gerechtigkeit wird als moralischer Anspruch vorgetragen und bleibt als solcher unwidersprochen. Entgegengehalten werden ihm wirtschaftliche Notwendigkeiten, denen der Vorrang gebühre. Gerechtigkeit wird entweder als Gegensatz zur oder als ein Nebenprodukt von Wirtschaftlichkeit behandelt. Eine Perspektive, welche die wirtschaftliche Kraft der sozialen Gerechtigkeit prüft – inwieweit Sozialstaat und Gerechtigkeit wirtschaftliche Prosperität fördern, inwieweit große Armut und eine Zusammenballung privaten Reichtums der wirtschaftlichen Entwicklung schaden können –, spielt fast keine Rolle.

Es gibt kaum eine kritische Beschäftigung mit dem Sprachgebrauch, der sich zu bestimmten Themenbereichen gesellschaftlich durchsetzt. Er wird schlicht übernommen. Wie es Blonde, Schwarzhhaarige und Glatzköpfige gibt, ist medienübergreifend oft die Rede von «sozial Schwachen» oder von «bildungsfernen Schichten»; Lieblingsmetapher für das Kapital ist «scheues Reh». Lediglich in der *Süddeutschen Zeitung* fanden wir zwei Texte, die sich mit einigen dieser Sprachbilder sehr intelligent und kritisch auseinandersetzen.

## **2 Zum Charakter der einzelnen Medien**

### *2.1 Berliner Zeitung*

Reichtum und Armut sind in der *Berliner Zeitung* keine häufigen Kommentarthemen, werden aber im Vergleich mehr als anderswo aufgegriffen. Insgesamt ist das Themenfeld von einer relativ einheitlichen Positionierung der Redaktion in den meisten seiner Einzelaspekte gekennzeichnet. Man kann von einer redaktionellen Linie sprechen, der das Soziale wichtig und das Wirtschaftliche verdächtig ist.

Beim Thema Armut vermeiden die Kommentatoren Schuldzuweisungen an die Betroffenen ebenso wie – im internationalen Zusammenhang – an betroffene Länder. Sie sprechen nicht von individuellem Versagen, sondern von Benachteiligung. Armut

behandelt die *Berliner Zeitung* als ein gesellschaftliches Problem mit schlimmen Auswirkungen auf die Betroffenen, nicht als ein persönliches Problem der Betroffenen mit negativen Folgen für die Gesellschaft.

Die einfache Gleichung, dass Arbeit vor Armut schütze, wird von der *Berliner Zeitung* ausdrücklich problematisiert. Die Kritik an der Wirtschaft, die Armut trotz Arbeit verursache, ist ausgeprägt.

Staatsschulden werden nicht als politische Vergeudung, als bequemer Finanzierungsweg überflüssiger Wohltaten dargestellt. In den Staatsschulden komme öffentliche Armut zum Ausdruck, der es nicht mit Sozialabbau, sondern mit Steueraufbau bei den Vermögenden zu begegnen gelte.

Sehr intensiv setzen sich die Meinungsbeiträge mit den gesellschaftspolitischen Risiken auseinander, die sie im Auseinanderdriften von Arm und Reich sehen. Die Interpretation von Protesten und Krawallen als sozialer Notwehr steht im Zentrum mehrerer Kommentare.

Reichtum wird unterschiedslos negativ bewertet. Zu oft ersetzt bei diesem Aspekt Empörung Argumentation und Erklärung. Aber es gibt einige herausragende kommentierende Analysen.

## 2.2 *Tagesspiegel*

Die Meinungsbeiträge des *Tagesspiegel* zu Reichtum und Armut zeichnet die individuelle Meinungsfreiheit der Redaktionsmitglieder aus, die sich in der Konfrontation zweier Argumentationslinien niederschlägt. Die offenkundig tolerante Grundhaltung der Redaktionsleitung wirkt sich allerdings nicht qualitätsfördernd aus. Die Gesinnung bekommt zulasten des Niveaus freien Lauf. Auf der einen Seite sind einzelne Beiträge zu lesen, die von hohem ökonomischen Sachverstand und einer beeindruckenden Detailkenntnis zeugen. Auf der anderen Seite ist das Argumentationsniveau für eine der bedeutenden Regionalzeitungen in Einzelfällen erschütternd.

Das wichtigste Einzelproblem des Themenbereichs Reichtum und Armut sind im *Tagesspiegel* die Staatsschulden, deren Ursachen und Folgen in allen, also auch völlig konträren Varianten «durchkommentiert» werden. In sozialen Fragen ist «die Politik» der Joker, den die *Tagesspiegel*-Kommentatoren ziehen, wenn sie sich die Auseinandersetzung mit Hintergründen und Zusammenhängen eines Problems ersparen möchten. Schwierigen Fragestellungen wird gern mit allgemeinen Betrachtungen ausgewichen in der Form küchenphilosophischer Anmerkungen über das Allgemeinmenschliche nach dem Motto «schuld sind wir alle».

### *Vergleichende Anmerkung Berliner Zeitung/Tagesspiegel*

Auf den ersten Blick erscheint die *Berliner Zeitung* gesinnungs- und der *Tagesspiegel* diskussionsgesteuert. Insbesondere im Umgang mit der Reichtumsthematik, aber auch unter den beiden stärker normorientierten Aspekten der sozialen Kluft und der Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit herrscht in der *Berliner Zeitung* eine fast

durchgängige Positionierung, während im *Tagesspiegel* kontroverse Standpunkte sich ablösen. Der zweite Blick weist die Pluralität des *Tagesspiegel* als bloße Reproduktion verfestigter und deshalb erwartbarer Meinungen aus. Von einer diskursiven Qualität kann nur in Ausnahmefällen die Rede sein.

Analytisch starke, diskursiv offene Kommentare sind nach unserem Urteil in der *Berliner Zeitung* nicht häufiger, aber auf höherem Argumentationsniveau angesiedelt als im *Tagesspiegel*. Simplifizierende und moralisierende Beiträge sind im *Tagesspiegel* öfter zu finden.

### 2.3 *Süddeutsche Zeitung*

In der SZ zeigen sich zwei deutlich unterscheidbare Kommentarwelten, mit jeweils eigenen Argumentationsmustern und Positionen.

So werden beispielsweise die Folgen der Neuordnung des Arbeitsmarktes und der Hartz-IV-Gesetzgebung gegenteilig bewertet: Die einen Kommentatoren rücken die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in den Vordergrund und sehen darin ausdrücklich eine Bestätigung dieser für sie alternativlosen Politik. Ob die Zunahme der Beschäftigtenzahlen weitere oder sogar andere Gründe haben könnte, wird von keiner der beiden «Seiten» erwähnt.

Die anderen Kommentatoren sehen in dieser Neuordnung eine Politik der Produktion von Armut und der Degradierung von Arbeit, sie stellen die sozialen Nachteile in den Mittelpunkt. Ihre Forderungen, beispielsweise Mindestlöhne einzuführen und Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen, werden wiederum von den ersteren Kommentatoren wegen (betriebs-)wirtschaftlicher Nachteile abgelehnt oder stark relativiert.

Eine ähnlich gegenteilige Kommentierung gibt es auch beim Thema Steuerpolitik. Während die einen vor allem aus Gründen der gerechten Lastenteilung höhere Steuern für Wohlhabende und reiche Erben fordern, widersprechen die anderen aus Gründen der volkswirtschaftlichen Nachteile; für Letztere ist Gerechtigkeit ein Wunsch, den wirtschaftliche Notwendigkeiten möglich machen oder nicht.

Es fällt auf, dass diese beiden Deutungswelten ihre Behauptungen nicht im Sinne von besserer Qualität und Orientierung gegeneinander abwägen. So bleibt dem SZ-Publikum – vergleichbar mit dem *Tagesspiegel* – nur die Freude über eine gewisse Meinungsvielfalt, die sich weitgehend mit der in der offiziellen Politik maßgeblichen Bandbreite deckt.

### 2.4 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Im Mittelpunkt stehen für die FAZ-Redaktion die Lage der Mittelschicht und die Staatsverschuldung. Hier sieht die FAZ ernsthafte Probleme, damit setzt sie sich auseinander.

Dass Armut und Reichtum zunehmen, wird in den FAZ-Kommentaren nicht bestritten. Ein nennenswertes Problem hat die FAZ mit dieser Entwicklung nicht, zumal soziale Ungleichheit weniger als belastend, denn als produktiv gilt. Als prägende

Ursache für Reichtum wie für Armut gilt das persönliche Verhalten – in dem einen Fall in Form von persönlicher Leistung und im anderen von individuellem Versagen.

Armut als Gesamterscheinung wird nicht behandelt. Inhaltlich losgelöst voneinander werden einzelne Erscheinungsformen bearbeitet: vor allem die Kinder-, Hartz-IV- und Altersarmut.

Reichtum wird verteidigt und gewürdigt. Reichtum, der nicht auf Basis von persönlicher (unternehmerischer) Leistung entsteht, also das Heranwachsen einer Kapital- und Erbgengesellschaft, existiert für die Redaktion als eigenes Thema nicht. Mögliche Wechselwirkungen zwischen Armut und Reichtum fasst die Redaktion nicht ins Auge.

Überraschend und fast ein «Alleinstellungsmerkmal», müsste die FAZ sie nicht ein Stück weit mit dem *Spiegel* teilen, ist die Politikverdrossenheit der Redaktion: der durchweg von Herablassung oder gar Verachtung geprägte Blick auf «die Politik».

#### *Vergleichende Anmerkung SZ/FAZ*

Es gibt im Großen einige Gemeinsamkeiten – privater Reichtum ist für die SZ genauso wenig ein Thema wie für die FAZ – wie in Einzelfragen zahlreiche Unterschiede: Die Milde gegenüber Steuerhinterziehern, die in der FAZ immer wieder deutlich zu spüren ist, entspricht in der SZ der Härte, mit der diese kritisiert werden. Missbrauchsvorhaltungen gegen Sozialtransfer-Empfänger werden in der FAZ systematisch, in der SZ seltener vorgetragen.

Etwas salopp formuliert: In der SZ steckt eine FAZ und eine Gegen-FAZ. Die Analyse- und Argumentationsmuster sowie die Positionen, die in der FAZ eindeutig dominieren, bilden einen Teil der SZ-Kommentarwelt; in Sprache und Inhalt allerdings deutlich dezenter und geschmeidiger vorgetragen. Zugleich ist in der SZ aber auch jene gegenteilige Kommentarwelt prominent vertreten, die sich in Argumenten und Positionen ausdrücklich an Kriterien sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit orientiert und von der in der FAZ bestenfalls Spurenelemente zu identifizieren sind.

### *2.5 Der Spiegel*

Das Magazin beschäftigt sich punktuell, wenig engagiert und damit unzuverlässig mit dem untersuchten Themenfeld. Wenige profunde Essays zu sehr grundlegenden Fragen, informative Texte zu Detailproblemen und (wenige) hoch qualifizierte Analysen, die Wechselwirkungen aufzeigen und Kontexte herstellen, wechseln sich ab mit einer Mehrheit aus Aufmerksamkeit heischenden Beiträgen, die primär von ihrer Rhetorik leben, sowie mit Texten, in denen Sozialtransfer-Empfänger unter Generalverdacht gestellt werden.

Zuverlässig ist die Redaktion bei folgenden Themen: Verglichen mit Sozialtransfer-Empfängern werden Wohlhabende und Reiche tendenziell «hofiert» und ihre Interessen mit viel Umsicht bedacht; abgesehen von Exzessen sogenannter gieriger Manager und Finanzmarktakteure, die moralisch scharf kritisiert werden. Fragen hat der *Spiegel*



an die oberen Schichten selten, öfters macht er ihre Sorgen zu den seinen. Gesellschafts- und machtpolitische Zuspitzungen und Fragen werden gemieden: etwa die Frage, ob unser Wirtschaftssystem strukturell Ungerechtigkeiten herstellt oder nicht, ob der ständig wachsende private Reichtum auch Quelle aktueller Krisen ist oder nicht, ob es eine Wechselwirkung zwischen der Zunahme an privatem Reichtum einerseits und öffentlicher und privater Armut andererseits gibt.

Die Texte behandeln jeweils isoliert einzelne Aspekte von Armut oder Reichtum. Wichtige Zusammenhänge werden so zerrissen, das Thema seiner gesamtgesellschaftlichen Dimension beraubt.

Obwohl die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt als Ursache und «Erlösung» von Armut eine ausschlaggebende Rolle spielen, werden als verantwortliche Akteure ausschließlich die Individuen und die Politik angesprochen. Die Unternehmen und Unternehmer bleiben außen vor, obwohl sie bezüglich Löhne, Arbeitsplatzverhältnisse, betriebliche Aus- und Weiterbildung und familien- und kinderfreundlicher Arbeitszeiten eine «große Rolle» spielen könnten.

An «die Politik» werden viele Anforderungen gestellt, obwohl ihr Tun meist wenig geschätzt und ihr eine strukturell bedingte Neigung zu jahrzehntelanger unverantwortlicher Schuldenmacherei unterstellt wird.

Das Thema Reichtum in seiner gesellschaftspolitischen Dimension ist nicht existent, als Unterhaltungsthema dagegen sehr wohl; die Analyse der «Reichen-Serie» vom Frühjahr 2012 stärkt diese Wertung.

Wie viel FAZ steckt im *Spiegel*? Recht viel. Und wie viel *Zeit*? Recht wenig. Wär's doch umgekehrt.

## 2.6 Die Zeit

Die Quantität der Beiträge und die Variationsbreite der journalistischen Bearbeitung sorgen für eine starke Präsenz der Armuts- und Reichtumsproblematik. Das Aufmerksamkeits- und Kritikpotential, das im Vergleich von Armut und Reichtum liegt, nutzt die *Zeit* publizistisch und politisch. Die zwei Welten in einem Text direkt gegeneinanderzustellen, die Welt des riesigen Reichtums hier, die Welt der Armut und des Elends dort, ist eine wiederholt angewandte Methode.

Bezogen auf unser Untersuchungsthema liegt ein entscheidendes Plus der *Zeit* darin, dass ihre Wirtschaftsredaktion die Ökonomie als ein Feld der Gesellschaftspolitik versteht. Sie beobachtet, beschreibt und kritisiert unter der Fragestellung, ob auch der Gesellschaft gut tut, was der Wirtschaft nützt.

Die *Zeit*-Texte im Themenbereich Sozialpolitik folgen zwei Diskurslinien. Einerseits bestehen sie auf der Notwendigkeit des Sozialsystems inklusive starker Gewerkschaften. Andererseits melden sie Kritik an, weil sie Sozialleistungen nicht überall ankommen sehen, wo diese dringend gebraucht werden.

Gegen die griffigen Empörungsformeln – von der Politik, die mit schuldenfinanzierten Wohltaten Stimmen kauft, von den Leuten, die über ihre Verhältnisse leben,

von einem Wachstum, das auf schwäbische Hausfrauenart ohne Schulden zu bekommen wäre – ist die *Zeit* nicht immun, aber sie kommen vergleichsweise selten in Hauptsätzen vor, eher in Nebensätzen. Hingegen gelingt es der Redaktion, Gegenperspektiven zu eröffnen, Zusammenhänge offenzulegen, die von anderen nicht gesehen, zumindest nicht beschrieben werden.

In der Summe ist die redaktionelle Leistung der *Zeit* ausgezeichnet.

### *Vergleichende Anmerkung Spiegel/Zeit*

Auch der *Spiegel* hat seine kritischen Kapazitäten und analytischen Qualitäten, aber er fällt auf dem untersuchten Themengebiet klar hinter die *Zeit* zurück. Der *Spiegel* spielt sich auf. Er weiß es besser, egal worum es gerade geht. Reichen gegenüber verzichtet er meist auf sein Markenzeichen, diesen Gestus des jederzeitigen Bescheidwissens, der Herablassung, einer – gemessen an der *Spiegel*-Klugheit – unvermeidlichen Beschränktheit aller Objekte seiner Berichterstattung. Der *Spiegel* will Eindeutigkeit, darin ist er strukturell, nicht intellektuell der *Bild*-Zeitung ähnlich. Dieser Eindeutigkeit der Darstellung opfert er zu viel.

Im Vergleich dazu hat die *Zeit* den längeren Atem, die sachlichere Sicht, die detailliertere Darstellung, die unkonventionellere Vielfalt an Perspektiven und das konsequentere Bemühen um Zusammenhänge.

Der Journalismus kann nicht für die Antworten zuständig sein, die Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur schuldig bleiben. Aber er trägt eine Mitverantwortung dafür, dass die Probleme nicht unter den Tisch gekehrt werden und die Debatte im Gang bleibt. Dazu leistet die *Zeit* beachtliche Beiträge, der *Spiegel* gelegentliche.

Hans-Jürgen Arlt/Wolfgang Storz

## **ERGÄNZENDE MATERIALIEN UND DEUTUNGEN ZU ARM UND REICH ALS MEDIENTHEMA**

### **1 Demoskopische Befunde zum Untersuchungsfeld**

«Deutschland ist ein Land, in dem soziale Unterschiede Unbehagen hervorrufen, weitaus mehr, als das in vielen anderen Ländern der Fall ist. Zwar wünscht die große Mehrheit keine egalitäre Gesellschaft, aber auch keine zu großen und auffallenden sozialen Unterschiede. Die meisten sind jedoch davon überzeugt, dass die Unterschiede zwischen den Schichten groß sind und künftig weiter wachsen werden. 79 Prozent der Bürger erwarten für die Zukunft wachsende soziale Unterschiede, 70 Prozent, dass eine immer größere Zahl von Menschen wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht mehr mithalten können.» So Renate Köcher in einem Namensartikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) am 17. August 2011.

In einem weiteren Namensartikel, der am 23. Februar 2012 unter der Überschrift «Das Unbehagen am Kapitalismus» ebenfalls in der FAZ erschien, merkt Renate Köcher an, dass 70 Prozent der Befragten der Meinung sind, die Unterschiede in den Einkommen seien zu groß. Und: «Fast jeder Zweite sieht in der Marktwirtschaft ein System, das die Starken begünstigt und in dem die Schwachen auf der Strecke bleiben.» Jedoch: Der Anteil derjenigen, die dieses sagen, so Köcher, sei rückläufig, vor wenigen Jahren lag ihr Anteil noch bei 62 Prozent. Anderes habe sich auch geändert: Nur noch weniger als 10 Prozent meinten, das System sei nicht leistungsfähig – im Jahr 2005 waren dies noch 55 Prozent –, und auch die Kritik, «Leistung lohne sich im Rahmen dieses Systems zu wenig», sei ebenfalls «stark zurückgegangen». So forderten auch nur 16 Prozent, das Wirtschaftssystem zur Disposition zu stellen, knapp mehr als 60 Prozent widersprächen dem dezidiert. Köcher merkt an, dass die Antworten auch danach divergierten, ob das Thema Kapitalismus oder Marktwirtschaft angesprochen werde; eine Mehrheit der Bevölkerung definierte das deutsche Wirtschaftssystem als ein kapitalistisches.

In einer Studie, herausgegeben von der Stiftung Familienunternehmen, wird unter Heranziehung von Erhebungen der regelmäßigen Umfragen «Politbarometer», «Eu-

robarometer» und ALLBUS (die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) auf folgende Ergebnisse verwiesen: Im Jahr 2008 waren lediglich 25 Prozent der Deutschen der Meinung, die vorhandenen sozialen Unterschiede seien gerecht, «mehr als 70 Prozent halten diese für ungerecht» (Stiftung Familienunternehmen 2009: 17). Es wird auf weitere Daten des Mannheimer ipos-Institutes verwiesen, nach denen 73 Prozent der Deutschen ebenfalls im Jahr 2008 sehr starke und starke Konflikte um die Frage Arm/Reich wahrnehmen; im Jahr 2000 waren es 61 Prozent gewesen. Die Studie der Stiftung Familienunternehmen sagt, je geringer der Stand der Bildung und je unsicherer die eigene Beschäftigungssituation, umso stärker sei das Gefühl von Ungerechtigkeit. Und je weiter sich der Befragte auf dem politischen Spektrum links verorte, desto größer sei die Unzufriedenheit mit der Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne. Die Studie bilanziert: «Besonders Menschen, die ihre eigene Lage als schlecht einstufen, Furcht vor Arbeitslosigkeit haben und über eine geringere Schulbildung verfügen, nehmen Konflikte zwischen Arm und Reich wahr» (ebd.: 19). Jedoch zeigen die Zahlen des Politbarometers, dass auch von denjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage gut einschätzen und Abitur absolviert haben, nie weniger als 65 Prozent die Konflikte zwischen Arm und Reich als «sehr stark» oder «stark» wahrnehmen; in den anderen Gruppen und im Osten sind dann die Zustimmungswerten entsprechend höher und liegen bei deutlich über 80 Prozent (vgl. ebd.: 20).

Die Ergebnisse einer umfangreichen repräsentativen Befragung fassen Glatzer u. a. so zusammen: «Die Ergebnisse der Studie liefern insgesamt deutliche Hinweise darauf, dass Reichtum nicht per se negativ beurteilt wird, sondern eine differenzierte Sichtweise im Hinblick auf seine Größenordnung, seine Entstehung und seine Folgen besteht. Zwischen Arm und Reich bestehen erhebliche Spannungspotenziale, allerdings sind sie bisher latent geblieben und haben die Schranke zu offenen Konflikten nicht überschritten» (Glatzer u. a. 2009: 8, 41 ff. u. 76 ff.). Es werden sehr differenziert Erscheinungsformen, Wirkungen sowie Vor- und Nachteile von Reichtum gesehen; zu den Nachteilen gehöre auch ein Aspekt, der allerdings von relativ Wenigen beachtet werde: Es bestehe die Gefahr einer unzulässigen Einflussnahme auf die Politik (vgl. ebd.: 48 f.). Beispiel für eine Differenzierung: «Am häufigsten wird die eigene Gesundheit als ein Aspekt von Reichtum genannt» (ebd.: 49). Erst dann folgen, mit allerdings oft geringem Abstand, die Aspekte der guten Bildung, der Sorgenlosigkeit im Alter, der Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen und der Möglichkeit, sich alles leisten und vom eigenen Vermögen leben zu können. Es wird unterschieden, ob beispielsweise der Reichtum selbst erarbeitet oder ererbt ist. Große Mehrheiten sind der Meinung, es würde derjenige reich, der «über gute Ausgangsbedingungen und passende Beziehungen» verfüge (ebd.: 64). Ein hoher Anteil meint, unehrliches Verhalten und ein ungerechtes Belohnungssystem seien Quelle des Reichtums. «Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Akzeptanz von Reichtum in Deutschland auf der Ebene der Verteilungsmechanismen als nicht sehr hoch angesehen werden kann. Sehr oft werden von den Menschen Methoden der Reichtumserzielung angenommen, wel-

che die Ansprüche von Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit nicht erfüllen» (ebd.: 65). Aber: «Die Bevölkerung reagiert indes gelassen auf den ungleich verteilten Reichtum, wirkt aber auch am individuellen Streben nach materiellem Reichtum desinteressiert» (ebd.: 14).

Die Forscher urteilen, die Mehrheit der Bevölkerung sehe sehr wohl das Spannungspotenzial zwischen Arm und Reich, sehe in ihm auch einen Störfaktor, «aber man hat sich damit arrangiert» (ebd.: 95). Weiter: «Knapp vier Fünftel der Bevölkerung nehmen diesen Gegensatz als starken Konflikt wahr» (ebd.: 96). Und: «Es hat den Anschein, als ob in diesem Bereich die Konfliktwahrnehmung der Bevölkerung sensibler ist als dies bei Experten in Wissenschaft, Politik und Medien der Fall ist» (ebd.).

In weiteren Differenzierungen stellen die Wissenschaftler fest: Die Themen Reichtum und beispielsweise *gated communities* werden in den Gruppendiskussionen vergleichsweise gelassen aufgenommen, wogegen bei dem Thema Managergehälter «Unmutsäußerungen» (ebd.: 36, auch 42f.) dominierten. Die Forscher nehmen nennenswerte Unterschiede in Ost- und Westdeutschland wahr, ebenso längs der Bildungsschichten: «Während weniger Gebildete stärker zu einer grundsätzlichen Kritik an den Verteilungsmechanismen neigen, bemängeln höher Gebildete vermehrt eine fehlende Chancengleichheit hinsichtlich des Erwerbs von Reichtum» (ebd.: 71).

Nach Untersuchungen des Allensbacher Institutes geht jeder zweite Deutsche davon aus, dass die großen Vermögen vieler Familienunternehmer grundgesetzwidrig angeeignet worden sind, denn «niemand könne in seinem Leben mehrere Milliarden Euro auf verfassungsgemäße Weise erwerben» (Stiftung Familienunternehmen 2009: 37).

Herrmann verweist auf Umfragen, nach denen einer Mehrheit in der Bevölkerung bewusst ist, dass die soziale Herkunft und erworbener Reichtum oft korrespondieren. Diese Auffassung mündet jedoch keineswegs in eine Kritik der Zustände, sondern in die Meinung, selbst reich zu werden, gehöre zur Freiheit, und es würden ja auch Fähigkeiten mit Reichtum belohnt (vgl. Herrmann 2012: 47f.).

Umfragen beantworten nicht die Frage, woher ein solches Bewusstsein kommt. Es sei hier nur eine kleine rationale Überlegung angeführt, die einen Beitrag zur Erklärung leisten könnte, und die geht so: Seit Jahren werden die Spitzensteuersätze teilweise drastisch gesenkt. Das Senken dieser Steuertarife führt dazu, dass auch Normalverdiener nach und nach in die Nähe des geltenden Spitzensteuersatzes rücken. Ein Beispiel von Ulrike Herrmann: «Männliche Vollzeitkräfte verdienen im Durchschnitt etwa 40.000 Euro brutto im Jahr, doch schon ab 52.882 Euro wird für einen Single der Spitzensteuersatz fällig.» Das heißt, Arbeitnehmer können das Gefühl bekommen, zu den Wohlhabenden und Besserverdienenden zu gehören, allein weil sie bald dem Spitzensteuersatz unterworfen sein könnten. Dass daraus wiederum der Normalverdiener, quasi reflexartig, niedrigere (Spitzen-)Steuersätze fordert, scheint erst einmal naheliegend. Das könnte auch das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des

Institut für Demoskopie Allensbach (vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.3.2012, S. 33) erklären, wonach lediglich 12 Prozent der repräsentativ 1.800 Befragten den Spitzensteuersatz für zu niedrig halten. Für 35 Prozent ist er angemessen, für 36 Prozent zu hoch. Die Frage lautete konkret: «Ist der Spitzensteuersatz für Alleinstehende angemessen?» Das Zahlenbeispiel, das den Befragten vorgelegt worden ist: Ein Alleinstehender hat ein Jahreseinkommen von 53.000 Euro und wird mit 42 Prozent veranschlagt; nach einer Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes zahlen laut Einkommenssteuerstatistik 1,74 Millionen Steuerpflichtige den Spitzensteuersatz. Es kommt hinzu, dass Arbeitnehmer zusätzlich vergleichsweise hohe Sozialabgaben bezahlen müssen, für die es zudem vergleichsweise niedrige Beitragsbemessungsgrenzen gibt, sodass Höherverdienende davon kaum zusätzlich betroffen sind.

Herrmann weist auf ein weiteres Beispiel hin: Obwohl 70 Prozent der Deutschen fast nichts besitzen, ergeben Umfragen, wie eine von Forsa im August 2009 durchgeführte, dass nur 20 Prozent eine Erhöhung der Erbschaftssteuer befürworten. Herrmann vermutet, dass in diesem Zusammenhang die Metapher von «Omas ihr klein Häuschen» eine bedeutende Rolle spielt, also gerade die Angst der Nicht- und Wenig-Wohlhabenden, dass ihnen ihr kleines Eigentum auch noch wegbesteuert werde (vgl. Herrmann 2012: 167 ff.). Beide Beispiele zeigen, dass sich die Nicht-Wohlhabenden auf den ersten Blick erst einmal aus rationalen und einsichtigen Gründen «vor den Karren der Reichen» spannen lassen.

Das von uns für unsere Studie «Portionierte Armut, Blackbox Reichtum» (Arlt/Storz 2013) gewählte Thema hat eine hohe Bedeutung in dieser Gesellschaft und für diese Gesellschaft. Jedoch sind die Befunde über die Einstellung der Bevölkerung dazu sehr widersprüchlich. Interessiert und berührt zeigen sich von den Themen Armut, Reichtum und soziale Klüfte vor allem die Teile der Bevölkerung, die negativ oder zumindest nicht positiv von den oben skizzierten materiellen Tendenzen betroffen sind. Es gibt in keiner Weise – wie von politisch linksorientierten Gruppen meist unterstellt – als Selbstverständlichkeit eine Empörung über die faktisch zunehmend ungleichen materiellen Verhältnisse und auch keine Empörung gegenüber Reichtum und Reichen. Empörung und Aufregung gibt es allerdings gegenüber einzelnen Erscheinungen, die als besonders ungerecht empfunden werden, wie beispielsweise die hohen Managergehälter und auch an zweiter Stelle die Boni.

## **2 Kontrapunkte. Zwei große Erzählungen über Reichtum und Armut**

Ungleich sind Menschen in vielen natürlichen Hinsichten wie Alter, Geschlecht, Größe oder Hautfarbe. Auch soziale Ungleichheit wurde über viele Jahrhunderte hinweg als natürlich angesehen, weil scharfe Trennungen zwischen Oben und Unten, Mann und Frau, zwischen Ständen, Kasten, Klassen als unabänderlich, als Werk und Wille außermenschlicher Mächte anerkannt waren.

Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die in der französischen Revolution ihre symbolische Geburtsstunde sieht, setzt im Unterschied dazu zwei neue Akzente. In

ihrem Weltbild machen zum einen die Menschen ihre Geschichte selbst, das heißt, sie können sie auch anders machen, Oben und Unten umkehren oder aufheben, Mann und Frau gleichstellen. Zum anderen gelten die Menschen in dem Sinn als gleich, als es keinen gesellschaftlichen Ort gibt, der nicht prinzipiell jedem und jeder Einzelnen zugänglich wäre. «Die bloße Zuschreibung eines Status sollte durch die Chance ersetzt werden, durch persönliche Anstrengungen eine günstige gesellschaftliche Stellung zu erlangen. Seine besondere Würde erhielt dieses Leitbild in der Abgrenzung zur allgemeinen Nutzlosigkeit und Selbstsucht des Hofes, zur Scharlatanerie und Verführungskunst der adligen Kamerilla. Daher begründete das Bürgertum als aufstrebende, antiaristokratische Klasse eine Erwerbskultur, in der Arbeit, Leistung und Eigentum die entscheidenden Parameter für den sozialen Status darstellen sollten» (Neckel 2008: 67). Auch wenn am Ende der eine Pförtner und die andere Bundeskanzlerin, die Dritte arbeitslos und der Vierte Multimillionär ist, niemand sei daran gehindert oder davor geschützt, das jeweils andere zu werden.

Diese beiden Deutungsmuster – die Menschen können ihr gesellschaftliches Zusammenleben selbst gestalten; im Grundsatz sind für jede und jeden alle Wege offen – stehen im Zentrum moderner Gesellschaftspolitik. Heute wird das eine, die gesellschaftliche Gestaltungsfreiheit, durchgängig geteilt; das andere, die Chancengleichheit, ist heftig umstritten. Die Interpretation real existierender Ungleichheiten hängt direkt davon ab, ob Chancengleichheit als Zustandsbeschreibung angenommen oder abgelehnt wird. Die Auffassungen von Armut und Reichtum sind in diese Deutungsmuster eingebettet und eng verwoben mit einem groben Gesamtbild unserer Gesellschaft. Zwei einander widersprechende Ansichten, politisch gewöhnlich als rechts und links klassifiziert, herrschen vor.

Die berühmte These, es gebe keine «großen Erzählungen» mehr, sollte vielleicht relativiert werden. Eine rechte und eine linke Erzählung über die moderne Gesellschaft lassen sich nach wie vor rekonstruieren. Zutreffend dürfte jedoch sein, dass die dazugehörigen Fans, die lupenreinen Anhänger, seltener und das wechselseitige Austauschen einzelner Teile häufiger werden. Dass sich mit einer großen Erzählung allein unsere Gesellschaft schlüssig und realistisch beschreiben lasse, mögen nicht mehr so viele glauben. In Reinform, als einander ausschließende Alternativen profilierter Lager treten die beiden Auffassungen deshalb nicht mehr so stark hervor; normalerweise trifft man auf eine Gewichtung, welche die Betonung mehr oder weniger stark auf eine der beiden Interpretationen legt. Gleichwohl schlagen sich die Grundannahmen beider Sichtweisen in den öffentlichen Debatten in vielfacher Weise nieder.

Die politisch rechte Auffassung sagt, Ungleichheiten resultierten nicht aus gesellschaftlichen Bedingungen, sondern aus individuellen Verhaltensweisen. Menschen hätten unterschiedliche Fähigkeiten und Leistungsbereitschaften, sodass eben nicht alles für jeden erreichbar sei. Die politisch linke Ansicht verweist auf blockierende oder privilegierende gesellschaftliche Voraussetzungen, welche für Ungleichheit verantwortlich seien. Der formalen und natürlichen Gleichheit der Menschen zum Trotz

ermögliche die Gesellschaft, die deswegen verändert, gerechter gestaltet werden müsse, einigen ein gutes Leben ohne eigenes Zutun, während sie andere allen persönlichen Anstrengungen zum Trotz in Armut und Perspektivlosigkeit gefangen halte.

Offenkundig wird jeder Mensch in eine ihm vorausgesetzte Welt hineingeboren, die Möglichkeiten ein- und ausschließt, nicht nur das Benutzen von Faustkeilen, Flugzeugen oder Computern, sondern auch das Beachten kultureller Werte, moralischer Normen und rechtlicher Regeln. Solche allgemeinen historischen Begrenzungen und Ermöglichungen individuellen Handelns spielen in der Gleichheitsdebatte kaum eine Rolle, sie geben aber einen ersten Hinweis darauf, dass die Zuschreibung auf persönliche Fähigkeiten nur innerhalb gewisser, räumlich und zeitlich definierter, Rahmenbedingungen Sinn machen kann.

Räumlich ist es trotz Globalisierung in der Regel die Nation, zeitlich die Generation, die als Rahmen gesetzt werden. Der biologisch geprägte Generationenbegriff der Familienforscher umfasst rund 30 Jahre. Man kann also zum Beispiel fragen, ob für die zwischen 1960 und 1990 in der Bundesrepublik Deutschland Geborenen gleiche gesellschaftliche Voraussetzungen angenommen werden können. Diese Frage zu bejahen würde es erlauben, vom Geschlecht, von Familie und Geburtsort, von den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, von den Bedingungen der Arbeitswelt, des Gesundheits- und Verkehrssystems etc. abzusehen, weil sie als gleich unterstellt werden. Es bliebe zu untersuchen, welchen Lebensweg die Einzelnen aufgrund welcher individuellen körperlichen und intellektuellen Merkmale genommen haben. Offenkundig eine unrealistische Perspektive.

Nun kann mit sozialer Gleichheit nicht gemeint sein, dass alle dasselbe denken, tun und haben; grundsätzlich nicht, in einer arbeitsteilig fein differenzierten und individualisierten Gesellschaft erst recht nicht. Gleichheit wird deshalb in der Regel als Chancengleichheit definiert. Jede und jeder soll die gleichen Möglichkeiten haben in dem Sinn, dass alle Zugänge offen sind. Die schlechte Abstraktheit dieser Beschreibung springt in doppelter Hinsicht ins Auge. Erstens müssen Zugänge mindestens zeitlich, oft auch sachlich und sozial geregelt werden, das gilt für Räume ebenso wie für Organisationen und Veranstaltungen. Solche Regeln schließen aus – anhand von Kriterien, die allgemein anerkannt sein können wie Alter, Notendurchschnitt oder Zeitpunkt des Zugangswunsches, aber auch hoch umstritten wie Hautfarbe, Glaube oder Kleidung. Zum anderen können zwischen prinzipiellen Möglichkeiten und tatsächlichen Fähigkeiten Welten liegen. Möglichkeiten wahrzunehmen ist, angefangen mit dem ersten Schritt, an Fähigkeiten gebunden, sodass sich das Problem stellt, wie Fähigkeiten erworben werden, die Zugänge ermöglichen.

Zu den auffälligsten Merkmalen der modernen Gesellschaft gehört, dass sie eine ständig steigende Menge von Zugängen an Zahlungsfähigkeit koppelt. Schon der Zugang zu einem Grundbedarf an Nahrung, Kleidung und Wohnung lässt sich nur über Geld sicherstellen. Die Ausweitung der Geldzonen, die Verwandlung von Arbeit, Produkten und Diensten, Grund und Boden, Information, Wissen, Kunstwerken etc. in



verkäufliche Waren, war ein kontinuierliches gesellschaftspolitisches Konfliktthema der Neuzeit. Die Ausbreitung der Warenwirtschaft und die Ausdehnung von Märkten machen den Zugang zu Geld zu einer Schlüsselstelle, an der sich entscheidet, welche Optionen offenstehen und welche nicht. Da sich die Möglichkeiten, die sich dem Geld anbieten, so vielfältig und attraktiv darstellen, wird den Möglichkeiten, zu Geld zu kommen, größte Aufmerksamkeit geschenkt.

Vor diesem Hintergrund löst die gesellschaftliche Spaltung in Arme und Reiche regelmäßig in der politischen Öffentlichkeit Alarm aus. Zugleich wird auf die wachsende Bedeutung von Geld mit Beruhigungsformeln reagiert, dass Geld ja nicht alles, das Schönste am Leben nicht käuflich und kein Geld zu haben keine Schande sei. Kritik an der ungleichen Verteilung des Geldes wird mit Hinweisen begegnet, was Geld alles nicht könne; dass es daneben eine überwältigende Gleichheit (vor Gott, vor dem Gesetz, im Angesicht der Liebe, des Todes etc.) gebe, die monetäre Unterschiede auf zu vernachlässigende Größen relativiere: «Mich hätte interessiert, wie glücklich Geld macht. Ob Millionen wertvoller sind als ein Heine-Gedicht. Wertvoller als eine Verszeile von Schiller. Ich weiß nicht, wie glücklich es macht, mit einem Helikopter wegzufiegen über all die Staus auf den Straßen. Ich weiß aber, wo sich Arme und Reiche begegnen. In einem Gang vor der Krebsstation. Da sitzen die Armen und die Reichen zusammen und hoffen, dass sie mit ihrem Leben davonkommen. Was ist Geld gegen das Urteil des Arztes?» (Franz Josef Wagner, in: bild.de, 22.3.2012).

Geld ist ein großer *Gleichmacher* und macht gleichzeitig *Ungleichheit* sofort sichtbar. Geld wirkt als Gleichmacher, weil es jedem anderen Unterschied gegenüber gleichgültig ist. Es erscheint dadurch, gemessen an anderen Zugangskriterien, als ein Garant von Freiheit. Geld «kann man sich besorgen», das richtige Alter, die passende Religion, politische Farbe, bessere Noten, ein anderes Geschlecht nicht oder jedenfalls nicht so leicht. Umgekehrt gibt sich am Geld *Ungleichheit* besonders leicht zu erkennen, weil sie sich an der Quantität einfach messen lässt. *Armut* (gleich sehr wenig bis kein Geld) und *Reichtum* (gleich sehr viel bis Unmengen Geld) bilden als Kennzeichen für Zahlungs(un)fähigkeit und damit als Symbole für verschlossene beziehungsweise offene Zugänge gesellschaftspolitische Brennpunktbegriffe.

Auf jeden Fall erleben Organisationen und Individuen Geld als knapp, weil sein Gebrauch nur als Verbrauch funktioniert: «Man kann den Euro nur einmal verfrühtücken». Völlig konträr zu dieser tief verankerten Alltagserfahrung behandelt die Finanzindustrie Wertpapiere als industriell zu vervielfältigende Waren wie die Tabakindustrie Zigaretten und lädt zu immer neuen Varianten von Wettspielen ein. Mit vergleichbarer Begriffsstutzigkeit, mit der die Hauswirtschaft auf den Durchbruch der Industrie reagiert hat, nimmt die Geldwirtschaft das Aufkommen der Finanzindustrie wahr.

Die Funktionen des Geldes erscheinen im Alltag auf die Wirtschaft beschränkt. Auf anderen gesellschaftlichen Feldern wie der Politik, der Justiz, der Wissenschaft oder der Familie dominieren andere Handlungsmotive wie Macht, Recht, Wissen

oder Liebe. Aber für Organisationen wie für Individuen gilt, dass die *Wege* zur Macht, zum Recht, zum Wissen oder zur Liebe auch mit Geld gepflastert sein können. Geld macht den Weg frei, und Geld macht sich den Weg frei.

Der Horizont realistischer Optionen erweitert sich mit der Menge des verfügbaren Geldes. Wenn die Möglichkeiten, sich hier und jetzt für etwas zu entscheiden, nicht an die vorgängige Frage gebunden sind, ob es bezahlbar ist – weil die positive Antwort dank des vorhandenen Vermögens vorab feststeht –, ergibt sich eine Situation der (freien) Auswahl. Das daraus resultierende Lebensgefühl unterscheidet sich wesentlich von einem Zustand, in dem man gezwungen ist, Möglichkeiten immer zuerst daraufhin zu überprüfen, ob und wie das dafür notwendige Geld beschafft werden könnte. Da es in erster Linie Geld ist, das Zugänge eröffnet und Lebensmöglichkeiten erweitert, konzentriert sich die Debatte um Ungleichheit und Gerechtigkeit in hohem Maß auf Fragen des finanziellen Einkommens sowie des materiellen Vermögens. Die Möglichkeit einer eigenständigen sozialen Existenz hängt am Geld; ungleiches Einkommen und ungleiche Vermögensverhältnisse führen automatisch zu einem ungleichen Lebensstandard. Damit rückt die Wirtschaft in das Zentrum der Aufmerksamkeit, denn die primäre Verteilung des Einkommens vollzieht sich im Wirtschaftssystem. Wirtschaftsorganisationen, so kann man vereinfacht sagen, sind Einrichtungen, die Arbeitslöhne, Steuern und Erträge abwerfen. Nicht nur der Steuern wegen ist die Politik involviert. Politik spielt vor allem deshalb eine große Rolle, weil die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung einer Begründung bedarf, die sie über den rechtlichen Schutz des Eigentums hinaus politisch und moralisch legitimiert.

An dieser Stelle wiederholt und konkretisiert sich die Spaltung in die beiden Grundansichten, für die Ungerechtigkeiten seien die gesellschaftlichen Strukturen verantwortlich beziehungsweise umgekehrt, die Ungleichheiten resultierten gerade nicht aus gesellschaftlichen Bedingungen, sondern aus individuellen Verhaltensweisen und seien deshalb auch nicht ungerecht. Aus beiden Grundansichten erwachsen sehr unterschiedliche Interpretationsmuster, insbesondere den Sozialstaat betreffend. Mit einer Metapher kann man von einem schwarz-gelben und einem roten Erzählteppich sprechen, die ganz verschiedene Muster und Knoten aufweisen. Von welchem der beiden Teppiche aus man den realistischeren Blick auf die Welt hat, muss hier nicht entschieden werden. Dass unsere politische Grundhaltung eher rot ist, hat natürlich Einfluss auf unsere Analyse. Aber uns interessiert in dieser Studie nicht, wer recht hat, sondern welche Deutungsmuster und Argumentationsknoten sich in den untersuchten Massenmedien wiederfinden. Wir versuchen im Folgenden die beiden Erzählteppiche nacheinander aufzuknüpfen, um später prüfen zu können, welche Muster und Fäden sich in den Mediendarstellungen wiederfinden.

## Grafischer Überblick über einige Elemente der folgenden Ausführungen

Die rechte Erzählung: arm und reich als Folge persönlichen Verhaltens	Kontrapunkte	Die linke Erzählung: arm und reich als Folge gesellschaftlicher Verhältnisse
fehlt oft bei den sozial Schwachen	<b>Leistung</b>	fehlt oft bei Reichen und Erfolgreichen
zu viel	<b>Soziale Unterstützung</b>	zu wenig
Held und Wohltäter	<b>Kapital</b>	Schurke und Übeltäter
Nachtwächterstaat: im Notfall eingreifen	<b>Staat</b>	Wohlfahrtsstaat: Gleichheit garantieren
Kostenfaktor: meist zu teuer	<b>Arbeit</b>	Kaufkraft: meist zu billig
jenseits von Katastrophen: Privatsache	<b>Konsum</b>	Luxus und Hunger: politische Skandale
besser kein Thema	<b>arm und reich</b>	Reizthema, immer aktuell

Argumentiert man auf dem Boden des schwarz-gelben Erzählteppichs, dann hängt zumindest die Einkommenshöhe – bei den Vermögen ist es etwas komplizierter – ursächlich zusammen mit der individuellen Initiative und Leistungsbereitschaft, populär verdichtet in dem Spruch «jeder ist seines Glückes Schmied»: Die Resultate des Wirtschaftsprozesses, wie sie sich in den Einkünften aus Kapital, den Einkommen aus Arbeit und der Arbeitslosigkeit niederschlagen, mögen im Detail umstritten sein, im Kern jedoch seien sie nicht zu beanstanden, weil jeder und jede für das jeweils erreichte Einkommen selbst verantwortlich ist. Unter dieser Annahme stellen Sozialtransfers ein prinzipielles Problem dar, denn sie verfälschen die ökonomischen Ergebnisse: Leute, die wenig oder gar nichts für sich erwirtschaftet haben, bekommen Geld, das anderen, die erfolgreich gewirtschaftet haben, weggenommen werde; Erfolg werde geschmälert, Misserfolg belohnt. Sozialtransfers stellen sich als ein Angriff auf die Motivation der Erfolgreichen dar, für die sich Leistung nicht mehr richtig lohne. Der Sozialstaat erscheint als ein Zugeständnis an die Unvernunft der anderen, der linken Seite, an dem um des sozialen Friedens willen leider nicht ganz vorbei zu kommen ist.

Leistung bildet in der rechten Erzählung einen Knotenpunkt, an dem die Fäden immer wieder zusammenlaufen. Die Bezeichnung Leistungsgesellschaft als umfassendes Deutungsangebot macht den zentralen Stellenwert des Leistungsprinzips deutlich. Leistung verlangt nach einer Gegenleistung. Der Anspruch auf Anerkennung im Sinne einer Art Aufwandsentschädigung steckt im Leistungsbegriff und rückt ihn damit in das Bedeutungsfeld von Gerechtigkeit. Was jemand aufgrund eigener Leistung bekommt, gilt – rechts wie links – als gerechtfertigt. Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft können auf das Leistungsprinzip nicht verzichten. Hier liegt – jenseits realer Verletzungen – seine unerschütterliche rationale und normative Substanz. «Neben den Menschenrechten und der Anerkennung von Bedürftigkeit stellt das Leistungsprinzip eine dritte Fundamentalnorm im Selbstverständnis moderner Gesellschaften dar» (Neckel 2008: 81). Ungleichheit, die auf ungleicher Leistung basiert, ist erst einmal nicht zu beanstanden, problematisiert werden können höchstens die Gründe unterschiedlicher Leistungsfähigkeit.

Trotzdem taucht eine Ungereimtheit insofern auf, als in der schwarz-gelben Erzählung auch das Marktprinzip hochgehalten wird. Gleichheit scheint sich zwar in freiwilligen Tauschbeziehungen in besonderer Weise zu bewähren, denn die Gleichwertigkeit dessen, was gegeben und was genommen wird, ist prinzipiell unterstellt. Es handelt sich dabei jedoch um die Gleichwertigkeit des Nutzens für jede der beiden Seiten. Großer Nutzen für den einen kann, muss aber keineswegs auf großer Leistung des anderen beruhen. In der Marktlogik, die nach Angebot und Nachfrage funktioniert, ist es im Gegenteil rational, mit möglichst geringem eigenen Aufwand Nutzen für andere zu stiften. Ausschlaggebend auf dem Markt ist am Ende der Erfolg. Ob und inwieweit er auf Leistung beruht, ist eine offene, oft umstrittene Frage. In der rechten Erzählung werden solche Differenzierungen möglichst übergangen und von einer inflationären Leistungsrhetorik zugedeckt.

Hier zeigt sich ein erster Kontrapunkt, an dem sich, bezogen auf den gleichen Begriff, zwischen den beiden großen Erzählungen disparate Sichtweisen auftun. Der Leistungsbegriff wird im rechten Deutungsrahmen vor allem gegen die leistungslosen Einkommen sozial Schwacher in Stellung gebracht und mit der Erwartung nach einer Gegenleistung für soziale Unterstützung verknüpft. Im linken Sinnhorizont wird – mit Verweis zum Beispiel auf Boni und Erbschaften – Leistung an der Einkommens- und Vermögensspitze vermisst.

Man kann auf dem schwarz-gelben Erzählteppich bleiben und ein geschlossenes Deutungsmodell entfalten, das an zwei Fixpunkten verankert ist: am Geld für Konsum und am Geld als Kapital. Geld für den Konsum muss erarbeitet werden. Mit dieser Maxime sind Bürger wie Arbeiter gegen den Feudaladel angetreten. «Die Müßiggänger schiebt beiseite», wird in der Internationalen gesungen. Leitsätze wie: «wer nicht arbeitet, soll nicht essen» und «im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot verdienen», werden in der rechten Gedankenwelt jedoch gegen die Sozialpolitik gewendet. Die Melodie hat der Vater der Nationalökonomie, David Ricardo, in

seinem Menschenbild vorgegeben: Wenn jeder Mensch, der Unterstützung benötige, sicher sein könne, sie zu erhalten, dann werde sich seine Anstrengung allein darauf konzentrieren, diese Unterstützung zu erlangen. Zu leicht dürfe es dem Menschen nicht gemacht werden, an das für seinen täglichen Konsum notwendige Geld zu kommen, weil er sich sonst nicht anstrengt, wird als Gebot daraus abgeleitet.

Die Sozialstaatsdebatte wird von beiden Erzählteppichen aus als Gerechtigkeitsdebatte geführt. Aber schon hier erschließt sich, dass dabei jeweils von einem ganz anderen Gerechtigkeitsproblem ausgegangen wird. Aus der rechten Perspektive stellt sich «die soziale Frage» so, ob es gerecht sei, dass diejenigen, die aus eigener Kraft nichts zustande bringen, so «üppig» auf Kosten der Erfolgreichen leben dürfen, die sich für ihre Erfolge krummlegen. Ob überhaupt bekannt sei, welche Ansprüche «unsere Armen an den Sozialstaat stellen können», fragt der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, im Ton der Entrüstung: «Hartz-IV-Empfänger erhalten nicht nur gratis Kost und Logis, sondern auch kostenlos Fernseher, Fahrkarten, Wohnungseinrichtungen, Heizkosten, Krankenversicherung, Rentenversicherung.» (Henkel 2009) Mit moralischen Vorwürfen haben hier die Empfänger von Sozialleistungen zu rechnen. Aus linker Sicht erscheint das als Diffamierung der Opfer. Auf dem roten Teppich lautet die Gerechtigkeitsfrage, ob es angehen könne, dass sich der gesellschaftliche Reichtum in den Händen weniger sammle, während so vielen anderen das Geld für ein gutes Leben vorenthalten werde. Die Frage der Moral wird hier kritisch an «die Reichen» adressiert. Aus rechter Sicht erscheint das als Diffamierung der wichtigsten Leistungsträger. Die diagnostizierte Ungerechtigkeit wird also auf dem schwarz-gelben Teppich in zu viel Sozialtransfer gesehen, auf dem roten Teppich in zu wenig – ohne Zweifel ein markanter Kontrapunkt der beiden großen Erzählungen.

Sofern seine Grundannahmen akzeptiert werden, kann das rechte Deutungsmodell einerseits viele Alltagsbeobachtungen erklären. Andererseits muss es auch viele Phänomene ausblenden, die nicht in seine Erzählung passen. Eine starke öffentliche Präsenz haben insbesondere die rechten Argumentationsmuster, die sich um Geld als Kapital ranken: Wenn die Möglichkeit einer eigenständigen sozialen Existenz am Geld hängt, die Chance an Geld zu kommen, an Arbeit gebunden ist, und das Angebot an Arbeitsplätzen von der Bereitschaft des Kapitals abhängt, in Warenproduktion und Dienstleistungen zu investieren, dann erscheint es folgerichtig, Kapital zu fördern statt herauszufordern. Während es dem Geld, das Konsumzwecken dient, nicht zu leicht gemacht werden sollte, dürfe es dem Geld, das als Kapital fungiert, nicht zu schwer gemacht werden. Das scheue Reh Kapital müsse gehegt, gepflegt und gefüttert werden, denn ohne Kapital keine Investitionen, kein Wachstum, kein Fortschritt, keine Arbeitsplätze, kein Geld für Konsum. Kapital, also Geld, das ausgegeben wird, um mehr Geld zurückzubekommen, besetzt in der rechten Erzählung die Rolle des Helden und Hoffnungsträgers.

Um Geld investieren zu können statt es zu konsumieren, muss es in größeren Mengen vorhanden sein, entweder als Eigenkapital oder als geliehenes, als Fremdkapital.

Man kann daraus den Schluss ziehen, dass Kapital nichts anderes ist als Geld, das nicht zu Konsumzwecken ausgegeben wurde, also gespartes Geld. Geschichten über steinreiche Leute, die keine Heftklammer wegwerfen und jeden Cent zweimal umdrehen, schmücken die rechte Erzählung aus. Als ursprüngliches Resultat von Sparsamkeit genießt Kapital im rechten Deutungskontext besonderes moralisches Ansehen. Weitergehende Nachfragen nach Gründen für die Anhäufung und Zusammenballung großer Kapitalmengen werden auf dem schwarz-gelben Teppich nicht gern gestellt. Die selbstverständliche Distanzierung von kriminellen Beschaffungsmethoden betont den Ausnahmecharakter solcher Vorgänge. Darüber hinaus begnügt man sich mit allgemeinen Überlegungen in der Art, dass es eben eine geniale Geschäftsidee sei, das Unternehmen besonders streng und effizient geführt werde, Erfolg der Vater des Erfolgs sei und ein gewisser Matthäus-Effekt – wer hat, dem wird gegeben – zur Lebenswirklichkeit dazugehöre. Viele Erfolgsgeschichten, auch gelegentliche Schilderungen tragischen oder selbst verschuldeten Scheiterns werden eingewebt.

Dass in der Auffassung von der Rolle des Geldes als Kapital ein weiterer großer Kontrapunkt zu finden ist, an dem die beiden großen Erzählungen in Kontroversen münden, wird niemanden überraschen. Der sehr positiven Beschreibung der Funktion des «großen Geldes» auf dem schwarz-gelben Teppich, steht die kritische bis negative Darstellung des Kapitals auf dem roten Teppich gegenüber. Entsprechend strittig wird die Charakterisierung der Organisationen und Personen ausfallen, in deren Händen sich das Kapital befindet.

In der rechten Erzählung dominieren die Würdigung des gesellschaftlichen Nutzens und die Aufzählung der Wohltaten, die dank des großen Geldes ermöglicht werden. Reichtum darf mit Verständnis für Eskapaden, mit Dankbarkeit für die Übernahme schwerer Verantwortung und mit Mitgefühl wegen der Gefährdungen, Risiken und Neider rechnen. Auf dem schwarz-gelben Teppich interessiert man sich sehr für den Menschen hinter den Milliarden und erzählt mit Vorliebe Geschichten, die ihn von seiner menschlich-allzumenschlichen Seite zeigen, Hoch-Zeiten und Schicksalsschläge inklusive. Auf dem roten Teppich gilt es dagegen als ausgemacht, dass Reiche im Prinzip unmoralische Menschen sein müssen, denn andernfalls wären sie angesichts der Armut in der Welt bereit, zu teilen. In der linken Erzählung werden vornehmlich solche Erscheinungsformen des Reichtums aufgegriffen, die Luxuskonsum widerspiegeln. Die Yacht, der Privatjet, die Villa mit Parkgrundstück, die Limousinensammlung dienen als Indizien dafür, dass es zum einen mit dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen als Leistung und zum anderen mit der Sparsamkeit als Quelle des Reichtums nicht so weit her sein könne. Die typische Replik verweist dann darauf, dass gerade auch Luxuskonsum Arbeitsplätze schaffe.

Wenden wir uns den Verteilungskonflikten zu. An der Quelle, auf der Ebene der Organisationen der Wirtschaft, findet eine Dreiteilung des Geldes statt – in Löhne, Steuern und Erträge. Jeder Part ist in sich in diverse Varianten ausdifferenziert. Auseinandersetzungen um die Angemessenheit der Höhe des jeweiligen Anteils bilden

in beiden großen Erzählungen wichtige Knotenpunkte. In diesem Zusammenhang kommt es nur auf die Diagnose an, dass Löhne und Steuern auf dem schwarz-gelben Teppich schlechte Karten haben, denn sie schmälern die Erträge, von welchen das Kapital lebt. Löhne und Steuern, das ergibt sich im Bedeutungsgewebe der rechten Erzählung zwingend, stehen im Generalverdacht, zu hoch zu sein.

Sozialpolitik, egal ob über Sozialabgaben, also über Lohnanteile, oder über Steuern finanziert, stellt sich dann als eine Störung, als eine Einschränkung des Kapitalkreislaufs dar, der in seinem positiven Wirken zum Wohle aller behindert wird. «Sozialpolitiker, die mit populistischen Scheinrezepten dazu beitragen, Arbeitsplätze zu vernichten, nachfolgenden Generationen Schuldentürme zu hinterlassen und Armut zu verursachen, reklamieren hohes Ansehen», beklagt sich Hans-Olaf Henkel (ebd.). Zu Ende gedacht, mündet die rechte Position in den logischen Salto, dass die Sozialleistungen in Wirklichkeit die Probleme verursachen, als deren Lösung sie firmieren. Sozialpolitik bestehe nicht zuletzt darin, soziale Probleme zu erfinden und zu dramatisieren, um die eigene Existenzberechtigung zu legitimieren. Vom schwarz-gelben Teppich aus werden Darstellungen, die ein Anwachsen der Armut behaupten, mit Argwohn beobachtet und möglichst zu widerlegen versucht; es wird nämlich befürchtet, dass es den «Armutsheuchlern» (Henkel) andernfalls gelinge, noch mehr Sozialausgaben durchzusetzen.

Die rechte Erzählung legt insgesamt Wert darauf, die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht als eine große, unüberbrückbare Kluft zu deuten. Da als vorrangige Erklärung individuelle Leistungsdifferenzen angeführt werden, sinkt die Glaubwürdigkeit dieser Deutung, wenn die Schere zu weit aufgeht. Wie sich ein hundertfach höherer Stundenlohn mit Unterschieden der Leistung erklären lasse, wird deshalb vom roten Teppich aus gern gefragt. Im Einzelnen sind auf dem schwarz-gelben Teppich unter anderem folgende Denkfiguren und Deutungsmuster zu erwarten:

- Für das Geld zur Finanzierung seines Lebensstandards kann und soll jeder selbst sorgen. Sich seine Existenz aufzubauen und zu sichern bildet die grundlegende Selbstverantwortung jedes Einzelnen, die nicht weniger als ein Ausdruck der individuellen Freiheit ist.
- Wir sind keine Unmenschen. Wenn jemand richtiges Pech hat und es aufgrund besonders widriger persönlicher Umstände ausnahmsweise nicht schafft, sich über Wasser zu halten, kann ihm die Allgemeinheit temporär helfen; wobei darauf zu achten ist, dass es nicht zur Gewohnheit wird.
- Wie viel Geld jemand zur Finanzierung seines Lebensstandards bekommt, beruht auf seiner Leistung. Wer mehr leistet, verdient mehr. Wer schlecht verdient, ist selbst schuld, wenn er sich nicht um einen besseren Job bemüht.
- Geldvermögen beruht auf früheren Leistungen. Im Sinne des Eigentumsrechts ist es nicht zu beanstanden, wenn Vermögen, auch großes Vermögen, vererbt wird.
- Um Geld als Kapital einsetzen zu können, muss man gespart haben. Kapital ist Geld, das nicht für Konsum verwendet wird, das man sich «vom Mund abgespart» hat.

- Privatleuten Geldkapital wegzunehmen, zum Beispiel via Steuern, ist das Dümms-te, was der Staat machen kann, denn er steckt es in erster Linie in den Konsum, et-wa der Armen, die es dann für Alkohol, Zigaretten und Flachbildschirme ausgeben. Die Privaten hingegen setzen das Geldkapital wirtschaftlich ein und vermehren es auf diese Weise; dabei entstehen neue Waren, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.
- Wenn sich die Investitionsbedingungen so sehr verschlechtert haben, dass Kapital nicht mehr gewinnbringend eingesetzt werden kann, braucht man sich nicht zu wundern, dass es sich andere Standorte sucht. Alles andere wäre unvernünftig.

Die öffentliche Debatte über Reichtum und Armut muss auch als ein Widerstreit zwischen dem rechten und dem linken Deutungsmuster gelesen werden. Beide Seiten betonen nicht nur ihre eigene Sicht. Sie heben immer wieder auch Aspekte besonders hervor, die der Kritik und der Widerlegung der anderen Deutung dienen sollen.

Auch mit den Mustern und Knoten des roten Erzählteppichs lässt sich eine ge-schlossene Darstellung der Armuts- und Reichtumsthematik entwickeln. Von Anfang an auffällig ist, dass die Differenz zwischen Armen und Reichen im linken Sinnhorizont ein ständiges Reizthema bildet. Während der rechte Deutungsrahmen soziale Unterschiede eher entpolitisiert und damit öffentlich dethematisiert, weil er sie in den Verantwortungsbereich der Einzelnen verlagert, stellen Armut und Reich-tum in der linken Erzählung ein ständig aktuelles Thema dar. Vom roten Teppich aus wird unablässig darauf gedrängt, Einkommens- und Vermögensunterschiede als politisches Problem zu behandeln. Dass eine Studie wie die vorliegende «von links» in Auftrag gegeben wird, ist deshalb zu erwarten, «von rechts» wäre es ungewöhnlich.

Armut und Reichtum als öffentliche Themen zu forcieren, dafür sind die Vorausset-zungen offenkundig unterschiedlich. Armut als unproblematisch zu behandeln, nach dem Motto: «kein Thema für uns», wäre eine kaum vermittelbare Position, die den Vorwurf politischer Hartherzigkeit und sozialer Kälte riskiert. Die Bereitschaft, über Armut zumindest zu reden, kann schwerlich verweigert werden. Anders Reichtum. Wo soll beim Thema Reichtum das Problem sein, das der öffentlichen Debatte und der politischen Lösung bedarf, fragt man sich auf dem schwarz-gelben Teppich und meidet das Thema, wo immer es geht; ein Zusammenhang zwischen dem Reichtum der einen und der Armut der anderen wird hier nicht gesehen. Im linken Deutungs-rahmen hingegen gehören Armut und Reichtum ursächlich zusammen: wenn über Armut zu reden ist, darf der Reichtum nicht verschwiegen werden. Als Konsequenz dieser unterschiedlichen Voraussetzungen ist zu erwarten, dass Reichtum in den Me-dien seltener thematisiert wird, es sei denn, es treten besondere Umstände auf.

Im Zentrum der linken Erzählung stehen ebenfalls die Kapitalfunktion des Gel-des sowie das Geld für Konsum. Dass es zu Reichtum auf der einen und Armut auf der anderen Seite kommt, dafür wird «das Kapital» in hohem Maße verantwortlich gemacht. Die Beschreibungen des Kapitals werden entweder in stark personalisierter Form vorgetragen und dann mit ausgeprägten moralischen Wertungen unterlegt – häufig verwendete Begriffe sind Gier und Verantwortungslosigkeit –, oder es wird ei-



ne mehr an gesellschaftlichen Strukturfragen ausgerichtete Sichtweise gewählt, welche sich an der Funktion des Geldes festmacht, das als Kapital eingesetzt wird.

Um dem Strukturbegriff seine Abstraktheit zu nehmen und ihn besser verständlich zu machen, hilft es, sich fest verankerte Erwartungen vorzustellen, an welchen man nicht oder nur schwer vorbeikommt. Wege, Straßen und Schienen strukturieren den städtischen Raum; ihnen muss folgen, wer sich in der Stadt bewegt. Wer sich in sozialen Beziehungen bewegt, sieht sich gezwungen, auf die Erwartungen anderer Rücksicht zu nehmen, sonst droht er unablässig zu scheitern: Im Laden nicht zu bezahlen, in der Schule nichts zu wissen, als Schiedsrichter zu singen statt zu pfeifen, das wird nicht gut gehen. Gesellschaftliche Erwartungen nehmen vielfältige Formen an, beispielsweise Gesetze, Normen, Werte, Regeln, Rollen.

Geld, das nicht für Konsumzwecke verausgabt, sondern als Kapital verwendet wird, wird mit der Erwartung ausgegeben, dass es sich vermehrt. Diese Erwartung kann letztlich enttäuscht werden, aber sie muss am Anfang stehen, sonst haben wir es nicht mit Kapital, nicht mit einer «wirtschaftlichen» Verwendung von Geld zu tun. Diese Erwartung hat unweigerlich Konsequenzen, denn es wird notwendig darauf zu achten, dass die verursachten Kosten unter den Einnahmen bleiben. Die Kosten zu senken und die Einnahmen zu steigern bietet die sicherste Gewähr dafür, dass «es sich rechnet», dass sich das eingesetzte Geld vermehrt. Niemand ist gezwungen, mitzumachen und Geld als Kapital zu verwenden. Wer mitmacht, ist allerdings gezwungen, den damit verbundenen Erwartungen Rechnung zu tragen, andernfalls ist er sein Geld schnell los. Das meint die Redeweise von den Strukturzwängen. Strukturen geben keine detaillierten Methoden und Instrumente vor, man kann sich strikter und lässiger, raffinierter und plumper in ihnen bewegen; aber eine Grundorientierung, die Richtung für Entscheidungen und Handlungen geben sie vor. Wer sich entschlossen hat, in die Politik zu gehen, aber das Ausüben von Macht möglichst zu vermeiden versucht, täuscht sich und wird andere enttäuschen.

Auf dem roten Teppich herrschen keine prinzipiellen Einwände gegen Wertschöpfung und Geldvermehrung, aber man hadert mit den Methoden; die ganze Angelegenheit erscheint verdächtig. Kosten zu senken bedeutet für eine Wirtschaftsorganisation, beispielsweise die Arbeitsproduktivität zu erhöhen durch Technisierung und Verdichtung der Arbeit, möglichst geringe Löhne und niedrige Steuern zu zahlen, bei Bedarf lange Arbeitszeiten durchzusetzen, möglichst kleine Preise für die benötigten Waren und externen Dienstleistungen zu bezahlen; Einnahmen zu steigern bedeutet, für die eigenen Erzeugnisse und Leistungen möglichst hohe Preise zu realisieren. In der roten Erzählung sind alle diese Methoden zweifelhaft; sie werden unablässig daraufhin beobachtet, ob sie nicht übertrieben angewendet werden, und stehen automatisch unter Anfangsverdacht des Missbrauchs. In der linken Erzählung wird kritisch hervorgehoben, dass die Einkommensquelle Arbeit aus der Kapitalperspektive zum bloßen Kostenfaktor erniedrigt, sowohl Sozialabbau als auch Arbeitsplatzabbau zur Problemlösung eingesetzt und als Folge das Entstehen von Armut in Kauf genommen

werde. Das Dilemma der linken Deutung besteht darin, dass mit der Abwanderung von Kapital auch die Arbeitsplätze verschwinden; dass man Kapital zwar «bekämpfen», aber möglichst nicht in die Flucht schlagen will.

Dass Arbeitslosigkeit die häufigste Ursache von Armut darstellt, bestreitet niemand. Der Deutungskonflikt zwischen rechts und links dreht sich um die Frage, ob Arbeitslosigkeit von den Einzelnen selbst verschuldet wird – «wer arbeiten will, findet auch Arbeit» –, oder ob tatsächlich zu wenige Arbeitsplätze angeboten werden (und was dafür dann der Grund sein könnte: zu hohe Kosten oder zu hohe Gewinnerwartungen).

Auf dem linken Erzählteppich werden also Armut und kapitalistische Strukturen in einen kausalen Zusammenhang gebracht. Und der Reichtum? Hier bezieht sich die rote Erzählung in erster Linie auf die ungleiche Verteilung zwischen Arbeitskräften und Kapitaleigentümern. Als Diagnose wird gestellt, dass die erwirtschafteten Beträge zu zunehmenden Teilen als Erträge an die Kapitaleseite und deren Management fließen und zu abnehmenden Teilen als Löhne und Gehälter an die Arbeitskräfte. Auf diese Weise wachse sowohl das betriebliche als auch das private Vermögen der Kapitaleigner. Was sich dabei durchsetze, sei nicht Leistung, sondern Macht in Form der Verfügungsgewalt über Kapital. Kombiniert mit dem Erbrecht, erzeuge der leistungslose Erwerb von Vermögen in Form von Immobilien, Sachwerten, Bankkonten und Anlagekapital eine Geldaristokratie. Das Resultat dieser Wirtschafts- und Rechtsstrukturen wird auf die linke Formel gebracht: Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer.

Im Staat wird die Kontroll- und Steuerungsinstanz gesehen, die eingreifen müsse, um den Reichtum zu begrenzen und die Armut zu bekämpfen.

## Literatur

- Arlt, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang (2013): Portionierte Armut, Blackbox Reichtum. Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin.
- Glatzer, Wolfgang u. a. (2009): Reichtum im Urteil der Bevölkerung. Legitimationsprobleme und Spannungspotentiale in Deutschland, Opladen/Farmington Hills.
- Herrmann, Ulrike (2012): Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht, München.
- Henkel, Hans-Olaf (2009): Die Armuts-Heuchler, Gastkommentar in: Der Tagesspiegel, 29.11.2009, unter [www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/gast-kommentar-die-armuts-heuchler/1640404.html](http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/gast-kommentar-die-armuts-heuchler/1640404.html).
- Neckel, Sighard (2008): Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft, Frankfurt a. M.
- Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.) (2009): Die Wahrnehmung der Wirtschaft in der Öffentlichkeit. Familienunternehmen und anonyme Publikumsgesellschaften in der politischen und medialen Debatte, München (Studie bearbeitet von zeppelin university).

Ulrike Herrmann

## **WARUM DIE MITTELSCHICHT ZEITUNGEN LIEST, DIE EINSEITIG DIE INTERESSEN DER ELITEN BEDIENEN**

Man kann die im Titel des Vortrags aufgeworfene Frage auch anders stellen: Warum waren die Deutschen so begeistert von Thilo Sarrazin? Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz haben ja die Periode von Mai 2008 bis Frühsommer 2012 untersucht – und genau in die Mitte dieser Zeit fiel Sarrazins Bestseller «Deutschland schafft sich ab».

Die mediale und öffentliche Resonanz auf Sarrazin wurde von Arlt und Storz zwar nicht untersucht – aber ich glaube, dass sie sehr viel darüber sagt, wie die Mehrheit dieser Gesellschaft fühlt. In einer Umfrage von Allensbach zeigte sich jedenfalls: 60 Prozent der Bevölkerung meinten, dass Sarrazin «viele Dinge anspricht, die im Großen und Ganzen zutreffen». Das Buch wurde weit mehr als 1,5 Millionen Mal verkauft. Das ist eine Sensation für ein Sachbuch! Auf eine solche Auflage kam bisher nur Hape Kerkeling mit seinem Pilgerbuch «Ich bin dann mal weg». Leider kann man das von Sarrazins Fans nicht sagen. Die sind nicht weg, sondern alle in Deutschland.

Aber was hat Sarrazin eigentlich so Bedeutsames gesagt? Ich war so neugierig, dass ich das ganze Buch gelesen habe, was durchaus Arbeit ist. Es hat 465 Seiten, 538 Fußnoten, 33 Tabellen und 10 Schaubilder. Um es kurz zusammenzufassen: Sarrazin vertritt zwei Thesen.

Die erste These ist von den Medien sehr breit rezipiert worden. Sie besagt, dass muslimische Einwanderer dumm sein müssen, weil ihre Religion sie zur Dummheit verdammt. Eine steile These. Und ungefähr so tautologisch wie die Aussage: Berliner sind schon deswegen dumm, weil sie aus Berlin stammen. Dies ist übrigens eine faire Zusammenfassung, keine Polemik.

Doch für unseren Kontext interessanter ist die zweite These von Sarrazin, der ja auch weiß, dass nicht nur Muslime in Deutschland leben. Also befasst er sich genauso hingebungsvoll mit der deutschen Unterschicht. Ihr attestiert er, dass sie genetisch bedingt zu dumm sei, um in der Gesellschaft aufzusteigen. Schlicht: Dumme Eltern bekommen dumme Kinder – und deswegen sind sie alle arm. Sämtliche renommier-

ten Intelligenzforscher bestreiten, dass die Vererbung von Intelligenz so schlicht funktioniert. Aber die Einwände der Wissenschaftler haben die Sarrazin-Fans bekanntlich nicht beirrt.

Wenn die Armen alle arm sind, weil sie angeblich dumm sind – dann bedeutet dies umgekehrt natürlich, und das sagt Sarrazin auch an einer Stelle explizit, dass die Reichen zu Recht ganz oben sind. Sarrazins Behauptung ist: Die Intelligenten setzen sich durch und werden zur Elite. Konkretisierungen vermeidet Sarrazin, daher leiste ich jetzt die Übersetzung: Wenn also Siemens-Chef Peter Lösche 7,8 Millionen Euro verdient, dann weil er ein hyperintelligenter Leistungsträger ist. Und wenn BMW-Besitzerin Susanne Klatten 7,75 Milliarden Euro besitzt, dann nicht etwa, weil sie eine Firma geerbt hat, sondern die Intelligenz ihrer Eltern.

Wahrscheinlich kommt Ihnen das jetzt irgendwie komisch vor. Und zu Recht. Aber den meisten Sarrazin-Fans fällt gar nicht auf, welche aberwitzigen Konsequenzen seine Theorie hat. Sie merken gar nicht, dass er nur ein einziges Ziel hat, nämlich die Privilegien der Privilegierten zu verteidigen. Stattdessen klopfen sich die meisten Sarrazin-Fans gedanklich auf die eigene Schulter. Endlich wird den Armen Dummheit attestiert, und da sie selbst meist nicht zu den Allerärmsten zählen, können sie ja nicht dumm sein. Dieser Aspekt hat mich an der Sarrazin-Debatte immer am meisten gewundert: Mit welcher Selbstverständlichkeit Sarrazin selbst und seine Anhänger davon ausgehen, dass sie zu den Intelligenten zählen. Denn ein zentrales Merkmal der Dummheit ist ja, dass man seine eigene Dummheit nicht bemerkt.

Trotzdem, und damit komme ich zum Thema der Tagung zurück, reicht es nicht, sich über Sarrazin lustig zu machen, obwohl es so einfach ist. Denn der Mann wurde ja ernst genommen. In allen Medien hat er zweiseitige Interviews bekommen, in jeder wichtigen Talkshow war er. Wochenlang drehte sich das politische Leben dieser Republik nur um ihn, um Sarrazin.

Sarrazin ist tatsächlich ein Kronzeuge unserer Zeit und ein ideales Studienobjekt, wenn man diese Gesellschaft und ihren Medienkonsum verstehen will. Allerdings darf man dabei nicht den Fehler machen, Sarrazin für einen interessanten Denker, Theoretiker oder gar Intellektuellen zu halten – empirisch sind seine Behauptungen ja fast alle falsch. Der wahre Kern in seinem Buch sind nicht die Inhalte, sondern die Emotionen, die er transportiert. Es ist ein Buch des Ressentiments, ein Buch der Angst, der Panik. Es ist ein Buch, das zeigt: Die Mehrheit in dieser Gesellschaft fürchtet offenbar den Abstieg, hat Angst, den eigenen Status zu verlieren.

Übrigens bildet sich die Mittelschicht den sozialen Abstieg nicht ein. Sie steigt tatsächlich ab. Die Mittelschicht schrumpft. Das kann man sogar messen. Ich nenne Ihnen jetzt ein paar Zahlen, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung stammen, das jährlich 12.000 Haushalte befragt. Dieser Datensatz ist übrigens einmalig in der Welt und wird auch international sehr stark genutzt. Dabei kommt heraus: 1998 zählten noch 64,3 Prozent der Bevölkerung zur Mittelschicht. Zehn Jahre später, 2008, waren es nur noch 58,7 Prozent. Das lässt sich auch in Köpfen ausdrü-

cken: 2008 gehörten 47,7 Millionen Bundesbürger der Mittelschicht an. Das waren 4,6 Millionen weniger als 1998. Fast niemand von diesen Menschen ist aufgestiegen, die meisten sind abgestiegen. 2008 gehörten schon 22,5 Prozent zu den sogenannten einkommensschwachen Haushalten. 1998 waren es erst 17,7 Prozent.

Wahrscheinlich fragen Sie sich jetzt, zu welcher Schicht Sie zählen – ob Sie tatsächlich zur Mittelschicht gehören. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zählt zur Mittelschicht, wer zwischen 70 und 150 Prozent des mittleren Nettoeinkommens hat – und ich halte diese Definition für sehr plausibel. In Einkommen umgerechnet bedeutet dies – damit Sie gleich sehen können, zu welcher Schicht Sie gehören –: Ein Single gehört zur Mittelschicht, wenn er zwischen 1.130 und 2.420 Euro im Monat netto zur Verfügung hat. Da sind die Sozialabgaben und die Steuern also schon abgezogen. Bei einer Familie mit zwei kleinen Kindern sind es zwischen 2.370 und 5.080 Euro netto im Monat.

Wer diese Zahlen hört, ist häufig zunächst empört. Gerade Singles regen sich auf. Was das denn für eine schwachsinnige Statistik sei, wenn man mit einem Nettoeinkommen von 2.500 Euro im Monat schon zur Oberschicht zähle! Das ist jedoch kein Fehler der Statistik, sondern die logische Konsequenz aus der Spaltung in unserer Gesellschaft: Je reicher die wirklich Reichen werden, desto weniger gehört dazu, zu den Reichen zu zählen, weil ja gleichzeitig das mittlere Nettoeinkommen tendenziell sinkt.

Warum aber steigt die Mittelschicht ab? Es ist ganz schlicht: Die Reallöhne sinken, während die Firmengewinne explodieren. Nochmal ein paar Zahlen: 2009 verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Durchschnitt 2.922 Euro im Monat – brutto. Das waren 118 Euro mehr als 2006 oder ein Plus von vier Prozent. Doch da ist ja die Inflation noch nicht eingerechnet. Und sie lag bei sechs Prozent. Real haben die Arbeitnehmer also etwa zwei Prozent verloren. Was an diesen Zahlen so besonders auffällig ist: Selbst im Boom steigen die Reallöhne nicht mehr. Sie werden sich erinnern: Zwischen 2005 und 2008 gab es in Deutschland einen relativ starken Aufschwung. Doch von diesem Wachstum kam bei den Arbeitnehmern gar nichts an – es profitierten allein die Kapitaleigner, die Firmenbesitzer und Aktionäre.

Es ist ein historisch völlig neues Phänomen, dass die Reallöhne sogar im Boom nicht mehr steigen. Das ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik und auch einzigartig in Europa. In keinem anderen Industrieland geht die Schere zwischen Arm und Reich so schnell auseinander wie in Deutschland, wie die OECD ermittelt hat. Natürlich gibt es immer noch Länder, in denen es deutlich ungerechter zugeht als in der Bundesrepublik, etwa Mexiko oder Portugal. Umgekehrt gibt es auch Gesellschaften, die egalitärer sind, dazu zählt vor allem Skandinavien. Doch das Besondere an Deutschland ist die Geschwindigkeit, mit der die Mittelschicht schrumpft. Kurz: Die Mittelschicht hat also recht, wenn sie sich als Opfer fühlt. Die Mittelschicht ist Opfer. Fragt sich bloß: von wem?

Für Sarrazin ist die Antwort ganz einfach: Es sind angeblich nutzlose Einwanderer und eine verblödete deutsche Unterschicht, die die Mehrheit der Gesellschaft aussau-

gen. Die Idee ist also: Die Armen sind die Ausbeuter. Das ist aber ein ganz seltsamer Begriff von Ausbeutung. Früher dachte man immer, dass die Reichen die Ausbeuter sein müssten, sonst wären sie ja nicht so reich. Eine ganze Gesellschaft arbeitet und strengt sich an, aber auf wundersame Weise landet dann das Volkseinkommen nur bei wenigen. An diesem Mechanismus hat sich übrigens nichts geändert, obwohl jetzt die Armen zum Hauptproblem erklärt werden. Deutschland nennt sich zwar offiziell eine «soziale Marktwirtschaft», doch tatsächlich ist das Vermögen bei wenigen Familien konzentriert. Allein das oberste 1 Prozent, also das reichste Hundertstel, besitzt bereits 23 Prozent des gesamten Volksvermögens. Die obersten 5 Prozent haben 46 Prozent, das reichste Zehntel kommt bereits auf rund 61 Prozent. Da können Sie sich leicht vorstellen, dass für den großen Rest nicht mehr viel übrig bleibt. Die unteren 70 Prozent besitzen weniger als 9 Prozent des Volksvermögens. Die Unterschichten haben sowieso keinen Besitz, sondern meist Schulden, aber auch bei den Mittelschichten ist nicht viel vorhanden.

Eigentlich würde man ja erwarten, dass sich die Mittelschicht über die Privilegierten der Reichen erregt, stattdessen liest sie lieber Bücher, in denen der Unterschicht Dummheit attestiert wird. Um noch einmal auf die Intelligenztheorie von Sarrazin zurückzukommen: Wenn es stimmen würde, dass Status und Besitz in dieser Gesellschaft nach dem Grad der Intelligenz verteilt würde, dann müsste das reichste Hundertstel einen IQ von weit über 10.000 besitzen. Von einem IQ über 10.000 haben Sie noch nie gehört. Es gibt ihn auch nicht, schon mit einem IQ von 200 gilt man als absolutes Genie. Aber diese IQ-Rechnung zeigt nur einmal mehr, dass in dieser Gesellschaft ganz andere Mechanismen wirken, wenn es um die Verteilung von Einkommen und Vermögen geht – die vermeintliche Intelligenz von Einzelnen interessiert überhaupt nicht, sondern es geht um knallharte soziale Selektion und um politische Entscheidungen. Und in diesem Kampf stellt sich die Mittelschicht besonders dämlich an. Sie schrumpft zwar, aber mit 58,7 Prozent stellt sie immer noch die breite Mehrheit der Wähler. Faktisch hat die Mittelschicht sogar noch mehr Macht, weil die Unterschicht meist gar nicht erst zu den Urnen geht.

Die Mittelschicht entscheidet jede Wahl. Was die Parteien auch genau wissen. Sie alle versuchen, die sogenannte Mitte anzusprechen. Die SPD kämpft um die «neue Mitte», und die jetzige schwarz-gelbe Regierung ist zur Wahl angetreten mit dem Slogan «Koalition der Mitte». Die Mittelschicht hätte also die Macht, die Gesellschaft so zu gestalten, dass es ihr selbst blendend geht. Doch es passiert genau das Gegenteil: Permanent stimmt die Mittelschicht für Reformen in der Steuer- und Sozialpolitik, die ihr selbst schaden und die nur den Reichen nutzen.

Dies soll ja kein Proseminar über den deutschen Sozialstaat werden, daher nur ein paar Beispiele. Als Erstes die Einkommenssteuer. Ausgerechnet Rot-Grün hat den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Und wie der Name Spitzensteuersatz schon sagt: Ihn zahlen nur die Spitzenverdiener. Nun könnte man ja denken, was sind schon 11 Prozentpunkte, die beim Spitzensteuersatz gestrichen wurden? Tatsächlich war es jedoch eine historische Zäsur.

Die moderne Einkommenssteuer, wie wir sie kennen, wurde 1920 eingeführt. Von einem Politiker namens Matthias Erzberger, der wenig später ermordet wurde, aber nicht deswegen. Damals lag der Spitzensteuersatz bei 60 Prozent. Und in dieser Höhe blieb er auch, durch alle historischen Wirren hindurch. Selbst unter Ex-Kanzler Helmut Kohl, der nun wahrlich nicht als Sozialist bekannt ist, lag der Spitzensteuersatz lange Jahre bei 56 Prozent. Bis es ausgerechnet dem SPD-Kanzler Gerhard Schröder plötzlich einfiel, dass 42 Prozent doch eigentlich auch reichen. Als «Genosse der Bosse» hat er sich inszeniert, mit Zigarre und Brioni-Anzügen. Er hat die Wähler also nicht getäuscht, nein. Ganz offen hat er das Motto zur Schau getragen: «Reichtum ist geil.»

Nun ist es allerdings nicht fair, nur Schröder das Steuergeschenk für die Reichen anzulasten. Alle Parteien haben mitgemacht. Die Grünen als Koalitionspartner, FDP und CDU im Bundesrat. Denn alle Parteien waren der Meinung, dass die Mehrheit der Wähler unbedingt die Reichen beschenken wollten. Eine solches Geschenk für die Privilegierten ist nicht umsonst zu haben. Die rot-grünen Steuerreformen waren sehr teuer und haben die Gesellschaft etwa 60 Milliarden Euro im Jahr gekostet.

In der großen Koalition ging es ähnlich weiter. Beschlossen wurde zum Beispiel die sogenannte Abgeltungssteuer, bei der Kapitalerträge pauschal nur noch mit 25 Prozent besteuert werden. Dies hat den bizarren Effekt, dass Millionäre jetzt ihre Zinserträge niedriger versteuern als viele Arbeitnehmer ihren Lohn.

Und als Letztes noch die Erbschaftsteuer. Die jüngste Reform führte dazu, dass Firmenerben überhaupt keine Steuer mehr zahlen müssen, wenn sie es schlau anstellen – selbst wenn sie ein Milliardenvermögen übernehmen. Dafür wurde aber die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht. Irgend jemand muss ja den Staat finanzieren – die Schulen, die Straßen und die Bundeswehr. Die Mehrwertsteuer aber zahlen alle, und alle zahlen den gleichen Satz.

Die Mittelschicht klagt zwar gern und viel. Auch bei Ihnen wird bestimmt jedes Familienfest irgendwann zum Stammtisch, an dem sich dann alle Verwandten über die angeblich «unfähigen Politiker» beklagen. Keine Schicht ist so larmoyant wie die Mittelschicht. Trotzdem ist sie nicht Opfer. Sie ist Täter. Sie wirkt an ihrem eigenen Abstieg mit. Spätestens hier kommt immer der gleiche Einwand: Wahlen bringen doch nichts! In Wahrheit würden die Lobbys in den Hinterzimmern der Macht klandestin agieren. Eine Variante dieses Vorwurfes lautet: Die Medien informieren nicht richtig, wie ja auch die Studie von Arlt und Storz eindrucksvoll belegt.

Es stimmt also: Lobbyisten, Verbände und Medien haben sehr viel Einfluss in Deutschland, aber ihr Einfluss ist nicht grenzenlos. Jeder Politiker will wiedergewählt werden. Und die Zeitungen wollen gekauft werden. Es gibt wenig Märkte, die so gnadenlos sind wie der nationale Zeitungsmarkt. Da herrscht unbeschränkte Konkurrenz, wird um jeden Leser gekämpft. Es sind also letztlich die Leser, die bestimmen, was in den Zeitungen steht. Womit wir wieder bei der Frage des Vortrags wären: Warum liest die Mittelschicht Zeitungen, die einseitig die Interessen der Eliten bedienen?

Die Antwort: Die Mittelschicht hält sich selbst für einen Teil der Elite. Dies mag zunächst überraschen. Denn reich ist die Mittelschicht ja nicht. Ihre Reallöhne sinken, und viel Vermögen hat sie auch nicht. Wie kommt die Mittelschicht also zu dem Fehlschluss, sie sei der Elite ganz nah? Drei Mechanismen scheinen ineinanderzugreifen.

Da ist zunächst die vehemente Verachtung für die Unterschicht, in der sich angeblich nur verdummte Sozialschmarotzer tummeln. Diese Verachtung hat Sarrazin nicht erfunden. Er nutzt sie nur, um als Bestsellerautor Millionen zu verdienen. Auch vor Sarrazin glaubten schon 57 Prozent der Bundesbürger, dass sich Langzeitarbeitslose «ein schönes Leben auf Kosten der Gesellschaft machen» würden. Freiwillig will zwar niemand in der Mittelschicht dieses angeblich so schöne Faulenzlerleben leben, wo nur 135,61 Euro im Monat für Nahrungsmittel vorgesehen sind. Stattdessen hat man ja panische Angst vor diesem Abstieg ins Hartz-IV-Dasein. Trotzdem wird den Hartz-IV-Empfängern ein geradezu fürstlicher Alltag angedichtet, damit man sie zu Faulenzern abstempeln kann, die am liebsten in der sozialen Hängematte liegen. Die Emotionen sind eben stärker als der Intellekt. Sie werden es kennen: Es stellt sich eine wohlige Selbstzufriedenheit ein, wenn man andere verachten kann.

Es befriedigt, andere unter sich zu wissen. Denn wenn man selbst nicht ganz unten ist, muss man ja schon fast oben sein. Man hat es geschafft, fühlt sich als Leistungsträger, als Elite. Der endgültige Aufstieg scheint ganz nah. Die Mittelschicht – das ist der zweite Mechanismus – glaubt noch immer an die eigene Karriere. Sie fühlt sich fast reich. Sehr aufschlussreich war eine Umfrage, die die Bundesregierung für ihren dritten Armuts- und Reichtumsbericht von 2008 durchgeführt hat. Dort wurden die Bundesbürger schlicht gefragt, was sie sich eigentlich unter Reichtum vorstellen? Heraus kam: Bei fast allen beginnt der Reichtum knapp oberhalb des eigenen Einkommens. Wer 1.500 Euro verdient, der siedelt den Reichtum ab 2.000 Euro an. Wer 3.500 Euro hat, bei dem liegt die Grenze dann vielleicht bei 4.500 Euro. Jeder fühlt sich also beinahe reich. Man muss sich nur ein bisschen anstrengen, so die Idee, und schon hat man es ebenfalls geschafft.

Dieser ökonomische Aufstieg erscheint vielen auch deswegen so nahe liegend, weil sie ja bereits einen Aufstieg erlebt haben – einen Bildungsaufstieg. Denken Sie nur an sich selbst: Viele von Ihnen werden bessere Schul- oder Berufsabschlüsse als Ihre Eltern haben. Stolz wie Sie sind auf Ihre eigene Leistung, übersehen Sie aber das entscheidende Paradox: Noch nie waren die Bundesbürger so gut ausgebildet, und trotzdem sinken ihre Reallöhne. An der Globalisierung liegt es übrigens nicht, dass Sie plötzlich so wenig verdienen. Denn die Gewinne der Firmen explodieren ja, und diese gigantischen Profite belegen, dass es eigentlich genug zu verteilen gäbe.

Der eigene Bildungsabschluss wird grob überschätzt, was auch mit einem typischen Fehlschluss zu tun haben dürfte. Die Mittelschicht weiß, dass die Manager der DAX-Konzerne alle einen Universitätsabschluss haben – und folgert daraus messerscharf, dass man offenbar nur einen Hochschulabschluss benötigt, um ebenfalls Manager



zu werden. Dies ist jedoch ein Irrtum. Ein Hochschulabschluss ist zwar nützlich für die Karriere, reicht aber bei weitem nicht aus. Wichtig ist die richtige Herkunft. Wie Untersuchungen gezeigt haben, stammen die Konzernmanager fast alle aus einer kleinen Oberschicht, die nur ungefähr 3,6 Prozent der Bevölkerung umfasst. Die Elite rekrutiert sich aus sich selbst.

Es ist sehr gängig, eine «Parallelwelt» bei der Unterschicht zu beklagen. Man wundert sich, wieso die Kinder der Unterschicht wiederum in der Unterschicht verbleiben. Doch bei der Oberschicht ist es genauso. Auch sie hat sich in einer «Parallelwelt» eingerichtet. Wer aus der Oberschicht stammt, wird in der Oberschicht bleiben, die eigenen Leistungen sind da eher unerheblich. Die Deutschen glauben zwar gern, dass sie in einer «nivellierten Mittelstandsgesellschaft» leben würden, tatsächlich ist die Bundesrepublik jedoch eine sehr statische Klassengesellschaft, die wenig echten Aufstieg zulässt. Warum fällt das nicht auf?

Diese Frage führt zum dritten Mechanismus: Die Reichen rechnen sich systematisch arm.

Deutschland ist ein sehr reiches Land, aber versuchen Sie mal, einen Reichen zu finden!

Selbst vermögende Fürstenhäuser erwecken den Eindruck, als gehörten sie in das Heer der normalen Angestellten. «Wir sind weiß Gott nicht reich», sagt etwa Fürstin Gloria von Thurn und Taxis über ihre Familie und erläutert, dass die wirklich Reichen längst ins Ausland gezogen seien. «Wir sind absoluter Mittelstand». Das glaubt sie offenbar wirklich, denn man will sich ja nicht mit einem *Zeit*-Interview bundesweit lächerlich machen. Allerdings muss man wissen, dass ihr Sohn ein Vermögen von ungefähr einer Milliarde Euro hat.

Die Reichen können sich nur arm rechnen, weil über ihren wahren Reichtum sehr wenig bekannt ist. In der Statistik klaffen immense Lücken. So werden bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe keine Haushalte erfasst, die über ein Nettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro im Monat verfügen. Zwar machen diese Haushalte nur ein Prozent der Bevölkerung aus, es wirkt also wie eine Bagatelle. Doch dieses reichste eine Prozent besitzt, wie schon erwähnt, schätzungsweise 23 Prozent des gesamten Volksvermögens.

Aus der Statistik verschwinden nicht Milliarden, sondern Billionen. Sie enden in einem Daten-Nirwana, und niemand weiß, wer sie genau besitzt.

Nur weil der eigentliche Reichtum so anonym ist, kann es überhaupt zu dieser sehr merkwürdigen Diskussion über die Manager-Gehälter kommen, die in Deutschland mehrmals im Jahr aufflammt. Natürlich gibt es keinen Grund, warum Siemens-Chef Peter Lösche 7,8 Millionen Euro im Jahr verdienen muss, normale Angestellte müssten dafür 216 Jahre arbeiten, hätten also zu Zeiten Napoleons anfangen müssen.

Trotzdem erstaunt an dem Furor der Debatte, dass eine Tatsache völlig aus dem Fokus gerät: Wie Aktionärsschützer ausgerechnet haben, machen die Bezüge der Manager nur 1,48 Prozent der Konzerngewinne aus. Da drängt sich doch unmittelbar

die Frage auf: Wo bleiben also die anderen 98,52 Prozent? Doch diese Frage wird nie gestellt. Statt über die wirklich Reichen regt man sich lieber über ihre angestellten Handlager auf – die Manager.

Diese fehlgeleitete Ignoranz der Mittelschicht ist bequem für die Reichen. Unge­stört können sie sich arm rechnen, während sich die Mittelschicht für fast reich hält – und heraus kommt jene fatale Allianz, die zu Steuersenkungen führt, von denen nur die Privilegierten etwas haben. Die Journalisten spielen dieses Spiel mit, auch weil sie doppelt gefangen sind. Sie sind ja selbst Kinder der Mittelschicht, genauer: meist der oberen Mittelschicht. Und sie müssen ja ihre Leser bedienen, deren Vorurteile, Ängste und auch Selbstüberschätzung. Von den Medien ist also kein Anstoß zum Wandel zu erwarten. Sie folgen ihren Lesern, sie führen nicht.

Gleiches gilt natürlich auch für die Parteien. Auch sie folgen nur ihren Wählern und führen nicht, jedenfalls in den wichtigen, wahlentscheidenden Fragen. Um es hypothetisch zu formulieren: Sollte die Mittelschicht plötzlich auf den Gedanken verfallen, dass es gerecht wäre, eine Erbschaftsteuer für hohe Vermögen einzuführen – dann würde dies innerhalb von einer Woche in den Parteiprogrammen stehen. Und zwar von allen Parteien.

Das glauben Sie nicht? Dann liefere ich Ihnen hier drei Beispiele, wie die Politik höchst sensibel auf Umfragen reagiert hat. Nach Fukushima ist Deutschland innerhalb von einer Woche aus der Atomkraft ausgestiegen, dabei waren die Laufzeiten der Reaktoren gerade erst verlängert worden. Aber Kanzlerin Merkel wusste genau, dass die Mehrheit der Deutschen gegen Atomkraft ist, und dass dies auch wahlentscheidend würde.

Ein viel harmloseres Beispiel: Auch die CSU hat jetzt eine Frauenquote – obwohl die Frauen in der CSU gar keine Quote wollten. Aber Parteichef Seehofer wusste genau, dass viele Frauen nur noch Parteien wählen, wenn Frauen dort in Sicht sind. Bleibt nur noch die Frage, wie wahrscheinlich es ist, dass die Mittelschicht ihre Loyalität mit den Eliten aufgibt.

Die Antwort überlasse ich Ihnen.

### **Weiterführende Literatur**

Herrmann, Ulrike: Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht, München 2011.

Sebastian Böderker

## **DER ZERFALL EINES GEMEINSAMEN DEMOKRATISCHEN RAUMES**

Der vorliegende Vortrag beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von politischer Öffentlichkeit, sozialer Ungleichheit und der Rolle der Zivilgesellschaft. Die Literatur zu jedem einzelnen der drei genannten Themenfelder ist so umfangreich, dass ich gar nicht erst den Anspruch erhebe, das Themenfeld auch nur annähernd erschöpfend behandeln zu können. Ich werde mich daher im Wesentlichen an einem einzigen Theoretiker abarbeiten, dessen Ausführungen zum Thema einen zentralen Kristallisationspunkt heutiger demokratietheoretischer Debatten bilden. Es handelt sich dabei um Jürgen Habermas, der in mehreren Veröffentlichungen, insbesondere jedoch in seinen beiden Hauptwerken «Theorie des kommunikativen Handelns» von 1981 sowie «Faktizität und Geltung» von 1992, entscheidend zur Entwicklung einer deliberativen Demokratietheorie beigetragen hat.

Die entscheidende Frage, der ich in diesem Vortrag nachgehen werde, wurde von Jürgen Habermas am Ende seines Vorwortes zur Neuauflage von «Strukturwandel der Öffentlichkeit» 1992 folgendermaßen formuliert. Die zentrale Frage sei, «ob und in welchem Umfang eine von Massenmedien beherrschte Öffentlichkeit den Trägern der Zivilgesellschaft Chancen einräumt, mit der Medienmacht der politischen und wirtschaftlichen Invasoren aussichtsreich zu konkurrieren, also das Spektrum der durch Einflußnahme von außen kanalisierten Werte, Themen und Gründe zu verändern, innovativ zu entschränken und kritisch zu filtern» (Habermas 1993: 47 f.). Anders als Habermas selbst, bin ich außerordentlich skeptisch, was die angesprochenen Chancen der Zivilgesellschaft betrifft, insbesondere wenn wir die sozialen Grundlagen der Zivilgesellschaft ins Blickfeld rücken.

Die grundsätzliche These, die ich in diesem Vortrag entwickeln werde, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Der in der deliberativen Demokratietheorie ausgedrückte Anspruch politischer Gleichheit, also die vollständige Inklusion aller möglicherweise Betroffenen und die Gleichberechtigung der am Diskurs beteiligten

Parteien, wird durch zunehmende soziale Ungleichheit in nahezu allen westlichen Gesellschaften untergraben. Diese Entwicklung führt zu einem relativen Zerfall eines gemeinsamen demokratischen Kommunikationsraumes. Beschleunigt wird dieser Prozess durch das Eindringen von Macht- und Profitimperativen in die politische Öffentlichkeit, die einen durch Vernunft geleiteten Kommunikationsprozess zusätzlich erschweren. Das Ideal einer politischen Öffentlichkeit, die sich durch den «zwanglosen Zwang des besseren Arguments und das Motiv der kooperativen Wahrheitssuche» definiert, bleibt somit weitestgehend uneingelöst.

Im Folgenden werde ich meine Argumentation in drei Schritten entwickeln: 1. Zunächst werde ich in groben Zügen die demokratie- und diskurstheoretischen Vorstellungen von Jürgen Habermas skizzieren und dabei den zentralen Stellenwert von politischer Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft erläutern. 2. Im Anschluss daran werde ich einige empirische Ergebnisse der Demokratie- und Partizipationsforschung vorstellen, die als Vorlage für eine kritische Diskussion der Thesen Jürgen Habermas dienen werden. 3. Abschließend werde ich drei Herausforderungen für eine demokratisch organisierte Öffentlichkeit skizzieren.

### **Die Zivilgesellschaft als Träger politischer Öffentlichkeit**

Angefangen in den 1970er Jahren, spätestens jedoch mit der Veröffentlichung seines Hauptwerkes «Theorie des kommunikativen Handelns» hat Jürgen Habermas sich von einer demokratiethoretischen Perspektive verabschiedet, die hauptsächlich auf Annahmen des Historischen Materialismus fußte und die er in seinem Frühwerk noch emphatisch vertreten hatte. Im Rahmen seiner diskurstheoretischen Umdeutung demokratischer Herrschaft, vollzog Habermas einen viel beachteten und ebenso viel kritisierten *linguistic turn*, der die Bedeutung von Kommunikation und politischer Öffentlichkeit ins Zentrum des theoretischen Interesses rückte. Er verabschiedete sich somit von einer holistischen Gesellschaftskonzeption, die für ihn vor dem Hintergrund empirischer Entwicklungen in den modernen westlichen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts als obsolet betrachtet werden kann. Die Vorstellung einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft, die in allen Lebensbereichen gesetzgeberisch tätig wird und somit den politischen Willen des souveränen Volkes zum Ausdruck bringt, schien für Habermas nicht länger haltbar: «Die Unterstellung, daß die Gesellschaft insgesamt als eine Assoziation im großen vorgestellt werden kann, die über die Medien Recht und politische Macht auf sich selbst einwirkt, hat angesichts des Komplexitätsgrades funktional differenzierter Gesellschaften jede Plausibilität verloren. Insbesondere prallt die holistische Vorstellung eines gesellschaftlichen Ganzen, dem die vergesellschafteten Individuen wie die Mitglieder einer umfassenden Organisation angehören, an den Realitäten des marktgesteuerten Wirtschafts- und eines machtgesteuerten Verwaltungssystems ab» (ebd.: 35). In Anlehnung an andere Theoretiker wie etwa Max Weber, Talcott Parsons oder Niklas Luhmann geht Habermas also von einer funktionalen Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften aus und akzeptiert

die Logik von systemisch integrierten Handlungsbereichen, die sich einer unmittelbaren Demokratisierung weitestgehend entziehen. Gleichzeitig will er jedoch an der Grundidee demokratischer Herrschaft festhalten und die Demokratietheorie auf ein neues theoretisches Fundament stellen. Hierzu schreibt er: «Wenn die Idee der Volkssouveränität auf hochkomplexe Gesellschaften noch realistisch Anwendung finden soll, muß sie von der konkretistischen Deutung einer Verkörperung in physisch anwesenden, partizipierenden und mitbestimmenden Gliedern eines Kollektivs abgelöst werden» (ebd.: 43). Um diesen Anspruch einzulösen, führt Habermas das Konzept der «Lebenswelt» ein, dessen sozialintegrative Kraft er den beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und politische Macht, gegenüberstellt. Es geht ihm nicht länger darum, eine radikale Demokratisierung der ökonomischen und politischen Herrschaftssysteme zu erreichen, sondern die Eigenlogik dieser systemisch integrierten Handlungsbereiche mithilfe der Macht kommunikativen Handelns einzudämmen und somit die «kolonialisierenden Übergriffe der Systemimperative auf lebensweltliche Bereiche» (ebd.: 36) zu verhindern. Die sozialintegrative Kraft kommunikativen Handelns speist sich bei Habermas zunächst aus den alltäglichen, lebensweltlichen Erfahrungen der Mitglieder eines Gemeinwesens, die mit jeweils ganz spezifischen kulturellen Vorstellungen und Interessenlagen verknüpft sind. Im Gegensatz zu direktdemokratischen Konzeptionen fließen diese lebensweltlichen Erfahrungen jedoch keineswegs ungefiltert in die politische Willensbildung ein, sondern werden insbesondere in modernen Gesellschaften in einem öffentlichen Kommunikationsprozess vermittelt. Die politische Öffentlichkeit wird somit zum potenziellen Ort einer massenmedial vermittelten Meinungs- und Willensbildung eines staatsbürgerlichen Publikums.

Habermas bleibt nun keineswegs bei diesem allgemeinen Hinweis auf die Notwendigkeit einer kommunikativen Erzeugung von Legitimität in der politischen Öffentlichkeit stehen, sondern fragt gleichzeitig nach den Trägern eines so anspruchsvoll gedeuteten Kommunikationsprozesses. «Der pauschale Hinweis auf ein ›Entgegenkommen‹ ausdifferenzierter Lebenswelten und ihrer Reflexionspotentiale genügt nicht. [...] Eine aus Motiven und Wertorientierungen gespeiste liberale politische Kultur bildet gewiß einen günstigen Boden für spontane öffentliche Kommunikationen. Aber noch wichtiger sind die Verkehrs- und Organisationsformen, sind die Institutionalisierungen von Trägern einer nichtvermachteten politischen Öffentlichkeit» (ebd.: 45). Habermas macht hierbei deutlich, dass die Erfahrungen, Werte und Interessenlagen aus der Lebenswelt keinesfalls vollkommen spontan und individuell in die politische Öffentlichkeit gelangen, sondern einer organisationalen Infrastruktur bedürfen. Diese organisationale Komponente der Lebenswelt sieht Habermas in der modernen Zivilgesellschaft verwirklicht, deren institutionalisierter Kern aus den zahlreichen nichtstaatlichen und nicht ökonomischen Zusammenschlüssen von freien Staatsbürgern besteht: Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften oder politischen Parteien.

Somit sind alle notwendigen Komponenten einer deliberativen Demokratietheorie benannt: Die Zivilgesellschaft ist das institutionalisierte Bindeglied zwischen politischer Öffentlichkeit und den lebensweltlichen Erfahrungshorizonten moderner Staatsbürger. Die politische Öffentlichkeit wird zum kommunikativen Raum, in dem sich eine «verflüssigte» Form von Volkssouveränität Bahn bricht und somit auf kommunikativem Wege legitime Macht erzeugt. Gleichzeitig ist sich Habermas über die Gefahr einer «manipulativen Inanspruchnahme» der politischen Öffentlichkeit für die Zwecke der systemischen Logik von politischer Macht und ökonomischem Profit bewusst, was uns zu der eingangs gestellten Frage der Chancen der Zivilgesellschaft gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Invasoren zurückbringt.

### **Zivilgesellschaft und politische Öffentlichkeit in Deutschland**

Das Ideal einer demokratisch verfassten politischen Öffentlichkeit beruht auf anspruchsvollen Voraussetzungen, die sich in der Realität moderner Gesellschaften nur selten wiederfinden: die vollständige Inklusion aller möglicherweise Betroffenen, die Gleichberechtigung der Parteien, die Zwanglosigkeit der Interaktion, die Offenheit für unterschiedliche Vorstellungen und Werte, die Revidierbarkeit der Ergebnisse etc. Und dennoch erscheint eine diskurstheoretische Interpretation des demokratischen Ideals, unter den beschriebenen Bedingungen komplexer und funktional ausdifferenzierter Gesellschaften, die einzige Hoffnung auf eine auch nur annähernde Einlösung demokratischer Herrschaftsideale zu sein. Es erscheint mir daher sinnvoll, einige der Ursachen zu benennen, die einer Annäherung an eine demokratisch verfasste politische Öffentlichkeit entgegenstehen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf zwei parallele Entwicklungen eingehen, die einer Verwirklichung des Habermas'schen Demokratieideals entgegenlaufen. Zum einen handelt es sich um die von Habermas selbst analysierte Gefahr einer Invasion der systemischen Eigenlogik von Wirtschaft und Politik in den Kommunikationsraum der Öffentlichkeit. Zum anderen geht es um die sozialen Verzerrungen innerhalb der Zivilgesellschaft, die dem postulierten Gleichheitsanspruch diametral entgegenstehen.

1. Wenn der politischen Öffentlichkeit eine aufklärerische und demokratische Funktion zukommen soll, wie sie von Habermas angedacht worden ist, dann muss sie vor der Vereinnahmung durch politische Macht- und wirtschaftliche Profitinteressen geschützt werden. Die Entwicklungen der Massenmedien in den letzten 20 bis 30 Jahren weisen jedoch eher in die entgegengesetzte Richtung. Eine an Demokratie und Aufklärung orientierte Form des Journalismus wird zunehmend durch eine Darbietung von Informationen ersetzt, die weniger zum kritischen Reflektieren als vielmehr zur Zerstreuung und Resignation anregt. Der Übergang vom Printmedium zum Fernsehen sowie die wachsende Rolle internetbasierter Medienformate dürften diesen Trend zusätzlich verstärkt haben.

Die Auswahl der Themen und die Logik ihrer Darbietung werden zunehmend von Profitimperativen gesteuert. Die Profitlogik des ökonomischen Systems wirkt sich zu-

nächst ganz unmittelbar aus, indem sie journalistische Inhalte einem direkten Profitzwang unterwirft. Gesendet wird in der Regel das, was Quote bringt. Je höher die Quote, desto besser der Sendeplatz. Sie wirkt sich jedoch auch über die Inhalte der in den Medien vertretenen Standpunkte und Meinungen aus, die Vertretern einer an den «Sachzwängen» des Wirtschaftssystems orientierten Logik breiten Raum einräumt.

Themenauswahl und Darbietung werden außerdem zunehmend einer an der Machtlogik des politischen Systems orientierten Handlungslogik unterworfen. Politik wird äußerst verkürzt dargestellt und zumeist als Wettkampf unterschiedlicher Parteiinteressen gedeutet. Eine fast ausschließlich personalisierte Darstellung politischer Inhalte hebt überwiegend auf die Konflikte zwischen Parteien- oder Regierungsvertretern ab und trägt häufig wenig zum Verständnis tiefer liegender Konflikt- und Problemstrukturen bei. Symptomatisch für diese Art der Darstellung erweisen sich die allwöchentlichen Talkrunden, in denen prominente Vertreter aus Politik und Wirtschaft (immer häufiger auch der Medien oder der Zivilgesellschaft) gegeneinander antreten. Mit einem echten Diskurs im Habermas'schen Sinne haben solche Show-Debatten so gut wie nichts gemeinsam und tragen dementsprechend auch nur wenig zur demokratischen Meinungs- und Willensbildung bei. Politische Öffentlichkeit verkommt zu einem System der Produktion und Suggestion von Meinungen.

2. Eine Analyse der Entwicklungen zivilgesellschaftlicher Strukturen in Deutschland ergibt ein ambivalentes Bild im Hinblick auf ihre demokratischen Potenziale.<sup>1</sup> Zunächst ist es völlig zutreffend, dass sich das politische Aktionsrepertoire der Bevölkerung im Zuge der «partizipatorischen Revolution» (Kaase 1984) der 1960er Jahre enorm erweitert hat. Neben den konventionellen Formen politischer Partizipation, wie etwa Wahlen oder Parteimitarbeit, sind neue Formen entstanden, die von der Bevölkerung in zunehmendem Maße anerkannt und genutzt werden. Jürgen Gerhards hat in diesem Zusammenhang von einem «Aufstand des Publikums» gesprochen. Er beschreibt damit einen Wandel des Verhältnisses zwischen Experten und Bürgern, zwischen System und Lebenswelt, der sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen beobachten lasse (Gerhards 2001). Beispiele für diesen Wandel lassen sich etwa im Gesundheitswesen mit der Gründung zahlreicher Initiativen und Selbsthilfegruppen ausmachen. Weitere Beispiele finden sich in einer Vielzahl von Bürgerinitiativen, die sich in unterschiedlichen Bereichen einmischen und Mitspracherechte einfordern. In allen Fällen steht der Gedanke der Selbstorganisation und der Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt. Oberflächlich betrachtet lässt sich somit durchaus von einem kulturellen Wandel hin zu einer demokratischen Zivilgesellschaft sprechen. Mehr Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich in vielfältigerer Weise an Entscheidungsprozessen, als dies noch in den 1950er und frühen 1960er Jahren der Fall gewesen ist.

1 Dieser Teil des Vortrages ist aus einer themenverwandten Studie des Autors entnommen, vgl. Bödeker 2012.

Ein Blick auf die soziale Bedingtheit zivilgesellschaftlicher Partizipation lässt jedoch schnell deutlich werden, dass der «Aufstand des Publikums» in vielerlei Hinsicht ein Aufstand der einkommensstarken und gut gebildeten Ober- und Mittelschicht ist. Die Befunde der empirischen Demokratieforschung über den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation könnten eindeutiger kaum sein: Politische Partizipation steigt mit der Verfügbarkeit von Einkommen und Bildung. Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung führen nicht zu einer gesteigerten Bereitschaft für Protest und politischem Engagement, sondern zu politischer Apathie. Die Zunahme der sozialen Selektivität im Bereich der politischen Partizipation wird außerdem begleitet von einem massiven Mitgliederrückgang der Parteien und einer sinkenden Wahlbeteiligung.

Was es heißt, im Jahr 2010 zum unteren Drittel der Gesellschaft zu gehören, wird in seinem ganzen Ausmaß erst deutlich, wenn die sozialstrukturellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte in den Blick genommen werden (vgl. Crouch 2008; Walter 2011; Dalton 2008). In den frühen 1970er Jahren übertraf die Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor zum ersten Mal die des sekundären Sektors. Im Zuge dieser weitreichenden Transformation, deren Folgen bis heute anhalten, verschwand das klassische linke Arbeitermilieu von der Bildfläche und machte Platz für eine soziale Gruppe, die heute als «Prekariat» oder «neue Unterschicht» bezeichnet wird. Während einige wenige Arbeiterfamilien von der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre profitieren konnten, war für die vielen Verlierer der soziale Abstieg vorprogrammiert. Die für den tertiären Sektor unzureichend qualifizierten Arbeiter wurden zu «Überflüssigen», die in der postindustriellen Gesellschaft selten gut bezahlte Arbeitsplätze finden konnten (vgl. Wilson 1996; Bude/Willisch 2008).

Im Kontext von Zivilgesellschaft und politischer Partizipation gewinnt der Transformationsprozess des klassischen Arbeitermilieus eine besondere Bedeutung. Auch wenn die Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen Milieu schon immer mit unterschiedlichen Chancen und Möglichkeiten verbunden war, unterscheidet sich das Arbeitermilieu der frühen Bundesrepublik vom heutigen Prekariat erheblich. Mit dem Wegbrechen des sekundären Beschäftigungssektors und dem Ende der Vollbeschäftigung entstand eine soziale Klasse ohne politisches Selbstbewusstsein und ohne Organisationsstruktur. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg ersetzte den Glauben an gesellschaftlichen Aufstieg und soziale Teilhabe. Hinzu kommen die neuen Anforderungen der «Wissensgesellschaft», die den ohnehin marginalisierten sozialen Schichten ein zusätzliches Gefühl von Abgehängtheit vermittelten. Während das traditionelle Arbeitermilieu solidarische Organisationsformen entwickelt hatte, die für Ausbau und Pflege sozialer und politischer Netzwerke von großer Bedeutung waren, sind die «neuen Unterschichten» von Vereinzelung und Hoffnungslosigkeit geprägt, die sich mehr denn je in politischer Resignation niederschlagen.

Mit anderen Worten: Die von Habermas und anderen Theoretikern beschworenen Kommunikationspotenziale der Zivilgesellschaft wirken in vielfacher Hinsicht



sozial exkludierend. Der Anspruch einer Inklusion aller Betroffenen wird keinesfalls eingelöst. Die Teilnahme an modernen Praktiken zivilgesellschaftlichen Handelns ist zwar nicht mehr, wie noch im 19. Jahrhundert, an Besitz und Klassenzugehörigkeit gekoppelt, bei genauerer Betrachtung bleibt Zivilgesellschaft jedoch auch im 20. und 21. Jahrhundert im schlechten Sinne Bürgergesellschaft: eine Veranstaltung von gut gebildeten sowie einkommens- und besitzstarken bürgerlichen Milieus.

### **Herausforderungen für eine Demokratisierung der politischen Öffentlichkeit**

Die sozialstrukturelle Dimension von zivilgesellschaftlicher Handlungsmacht darf also keinesfalls vernachlässigt werden. Zivilgesellschaft ist in allererster Linie ein Ort bürgerlicher Kommunikations- und Handlungspraktiken, die mit einem nicht zu unterschätzenden Exklusionspotenzial verbunden sind. Wer eine Demokratisierung der Zivilgesellschaft fordert, muss die Bekämpfung sozialer Ungleichheit und somit die Forderung nach Umverteilung von Reichtum mitdenken.

Wenn der Anspruch demokratischer Herrschaft in funktional differenzierten Gesellschaften aufrechterhalten werden soll, ist das politische System auf Input aus den lebensweltlichen Bereichen der Gesellschaft unmittelbar angewiesen. Die Logik ist simpel: Politische Entscheidungsträger werden von denjenigen Sachverhalten, Normen und Werten beeinflusst, mit denen sie regelmäßig konfrontiert werden. In einer demokratischen Massengesellschaft gelangen lebensweltliche Erfahrungen jedoch relativ selten auf direktem Wege in das politische System, sondern werden in den meisten Fällen massenmedial vermittelt. Die politische Öffentlichkeit ist somit der Ort, an dem lebensweltliche Erfahrungen und politische Machtdiskurse sich treffen. Wenn jedoch der Input, der massenmedial vermittelt in das politische System gelangt, aufgrund von soziökonomischen Unterschieden systematisch verzerrt ist, wird das politische Gleichheitsideal langfristig untergraben.

Zum Schluss möchte ich drei große Herausforderungen für eine demokratische Öffentlichkeit benennen und zur Diskussion stellen:

#### ***a) Komplexitätszunahme und Informationsüberfluss***

Wenn es eine Sache gibt, an der es in modernen Gesellschaften nicht mangelt, so ist dies sicherlich Information. Die Quantität an Informationen über politische Wert- und Sachfragen, die sowohl politischen Entscheidungsträgern als auch jedem einzelnen Bürger potenziell zur Verfügung steht, ist in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen. Mit der massenhaften Verbreitung von Internetzugängen in westlichen Gesellschaften ist die unmittelbare Verfügbarkeit von Informationen zusätzlich gewachsen. Somit ist die Basis für eine informierte Debatte in der politischen Öffentlichkeit eigentlich vorhanden. Das Problem ist jedoch weniger die Verfügbarkeit von Informationen als vielmehr die Fähigkeit zur Informationsfilterung und -verarbeitung. Die zuvor genannten Probleme (das Eindringen von systemfremden Imperativen in die politische Öffentlichkeit und die zunehmende soziale Ungleichheit) kommen auch

hier wieder zum Tragen. Eine von politischem Macht- und ökonomischem Profitdenken beeinflusste Berichterstattung filtert Informationen gerade nicht auf der Grundlage von gemeinwohlrelevanten und sachgerechten Kriterien, was zu einer systematischen Verzerrung von massenmedial verbreiteten Informationen führt. Aufseiten des staatsbürgerlichen Publikums führen Unterschiede im allgemeinen Bildungsniveau zu vollkommen unterschiedlichen Potenzialen der Informationsbeschaffung und -verarbeitung. Die Zunahme der Quantität von Informationen und ihrer Komplexität erschwert es somit bestimmten sozialen Milieus, ihre eigenen Interessen zu erkennen, zu formulieren und effektiv in die politische Öffentlichkeit zu tragen.

### *b) Individualisierung und der Verlust lebensweltlicher Schnittmengen*

Eine weitere Herausforderung für eine demokratische Öffentlichkeit dürfte der Verlust lebensweltlicher Schnittmengen sein, der sich aufgrund zunehmender Individualisierungstendenzen in westlichen Gesellschaften ergibt. Wenn die These von einer abnehmenden Bindung sozialer Milieus und der Pluralisierung von Lebensentwürfen, wie sie etwa von Ulrich Beck oder Anthony Giddens vertreten wird, zutrifft, dann verschwinden im Zuge dieser Entwicklung auch die geteilten kulturellen und sozialen Grundlagen, auf die sich die Herausbildung von Solidarität stützt. Genau diese lebensweltlichen Schnittmengen sind es jedoch, mit der Habermas seine Hoffnungen auf eine Revitalisierung der Demokratie letztendlich begründet. Anders ausgedrückt lautet die entscheidende Frage an dieser Stelle, wie groß die lebensweltlichen Schnittmengen von Menschen sein müssen, um eine gewisse Form von Zugehörigkeit und Solidarität ausbilden zu können, die dann wiederum zur Grundlage für zivilgesellschaftliches Handeln im Rahmen einer demokratischen Öffentlichkeit werden. Auch wenn es hierauf keine allgemeingültige Antwort gibt, ist zu befürchten, dass der Verlust lebensweltlicher Schnittmengen zum Problem einer demokratischen Öffentlichkeit in westlichen Gesellschaften wird.

### *c) Internationalisierung der Politik*

Viele politische und wirtschaftliche Entscheidungen werden in internationalen Institutionen getroffen, die nicht oder nur sehr unzureichend demokratisch legitimiert sind. Diese Entscheidungen beeinflussen jedoch gleichzeitig in zunehmendem Maße ganz direkt das Leben von Menschen in den entsprechenden Mitgliedsländern. Die Liste internationaler Institutionen, die in dieser Weise aktiv sind, ist lang und reicht von der Europäischen Union über die Welthandelsorganisation und den Internationalen Währungsfond bis hin zu den Vereinten Nationen. Ob und wie es gelingen kann, internationale Institutionen in einem ähnlichen Maße wie nationalstaatliche Entscheidungen zum Gegenstand von öffentlichen Debatten zu machen, wird kontrovers diskutiert. Wenn die Habermas'sche Demokratiekonzeption jedoch auch im 21. Jahrhundert eine gewisse Gültigkeit beanspruchen will, müssen öffentliche Debatten den Gegebenheiten eines transnationalen Politikprozesses gerecht werden kön-

nen. Letztlich bleibt die von Habermas aufgeworfene Frage nach den «Chancen der Zivilgesellschaft» gegenüber den «politischen und wirtschaftlichen Invasoren» weiterhin aktuell. Sie stellt sich heutzutage allerdings unter den veränderten Vorzeichen von globalisierten politischen und ökonomischen Systemen, die nicht länger an klare territoriale Grenzen gebunden sind. Die entscheidende Frage wird daher sein, ob es der Zivilgesellschaft gelingt, sich ebenfalls zu globalisieren und sie somit ein demokratisches Gegengewicht zu der Macht global ausdifferenzierter Subsysteme bilden kann.

## **Literatur**

- Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft, Frankfurt a. M.
- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (2008): Exklusion. Die Debatte über die «Überflüssigen», Frankfurt a. M.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Bonn.
- Dalton, Russell J. (2008): The Good Citizen. How a Younger Generation Is Reshaping American Politics, Washington D.C.
- Gerhards, Jürgen (2001): Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989, in: Zeitschrift für Soziologie, 30(2001)3, S. 163–184.
- Habermas, Jürgen (1993): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990, Frankfurt a. M.
- Kaase, Max (1984): The Challenge of the «Participatory Revolution» in Pluralistic Democracies, in: International Political Science Review, 5(1984)3, S. 299–318.
- Walter, Franz (2011): Die Starken Arme legen keine Räder mehr still. Der «Malocher» trat ab und ein Prekariat entstand, in: Klatt, Johanna/Walter, Franz (Hrsg.): Entbehrliche der Bürgergesellschaft, Bielefeld.
- Wilson, William James (1996): When Work Disappears. The World of the New Urban Poor, New York.

## **ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN**

### **Hans-Jürgen Arlt**

hat eine Gastprofessur für Strategische Organisationskommunikation an der Universität der Künste in Berlin; zwischen 1990 und 2003 leitete er die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Kontakt über [www.kommunikation-und-arbeit.de](http://www.kommunikation-und-arbeit.de)

### **Sebastian Bödeker**

ist Politikwissenschaftler und Doktorand am Wissenschaftszentrum Berlin im Rahmen des Promotionsprogramms der Berlin Graduate School of Transnational Studies (BTS). Kontakt über [sebastian.boedeker@wzb.eu](mailto:sebastian.boedeker@wzb.eu)

### **Ulrike Herrmann**

ist Publizistin und langjährige Wirtschaftsredakteurin der *taz – die tageszeitung*. Kontakt über [www.taz.de](http://www.taz.de)

### **Horst Kahrs**

ist Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und koordiniert den Gesprächskreis «Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse». Kontakt über [kahrs@rosalux.de](mailto:kahrs@rosalux.de)

### **Wolfgang Storz**

arbeitet als Publizist, Medien- und Kommunikationsberater, war Chefredakteur von *metall* und *Frankfurter Rundschau*. Kontakt über [www.wolfgang.storz.de](http://www.wolfgang.storz.de)